



# Beschlüsse 2018

"Gerade wer das Bewahrenswerte  
bewahren will, muss verändern was  
der Erneuerung bedarf." (Willy Brandt)

**Bezirkskonferenz der Jusos Weser-Ems am 12. Mai 2018**

Rampendahl  
Hasestraße 35  
49074 Osnabrück

## Arbeitsprogramm 2018-2019

### **1. Unser Beitrag zur Erneuerung**

„Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muss verändern, was der Erneuerung bedarf.“ *Willy Brandt*

Die Erneuerung der Sozialdemokratie ist momentan in aller Munde. An der Spitze dieser Erneuerungsbewegung müssen wir Jusos stehen. Deshalb werden wir unsere politische Arbeit in der kommenden Zeit unter das Banner der Erneuerung stellen. Dazu gehören für uns insbesondere eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Konfliktfeldern sowie eine organisatorische Neuordnung der bestehenden Strukturen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei unsere Grundwerte. Ihnen wollen wir durch unser Engagement Leben einhauchen. Dabei ist es wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Tagespolitik beschränken. Wir wollen für die Vision einer Zukunft kämpfen, in der soziale Gerechtigkeit Realität wird und in der es für alle Menschen möglich wird, solidarisch miteinander umzugehen.

Wir Jusos wollen Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität für alle Menschen. Wir wollen dies auf dem Weg zu einem durch Demokratie und sozialem Frieden geprägten Staat erreichen. Für dieses Miteinander stehen wir fest an der Seite der Sozialdemokratie.

Wir sind der Puls, das Rückgrat und die Zukunft unserer Sozialdemokratischen Partei und sind uns der daraus erwachsenen Verpflichtung bewusst. Der Demokratische Sozialismus ist unser Ziel, es ist unser Bestreben uns für einen stetigen Wandel zum besseren einzusetzen. Dafür kämpfen wir in der SPD. Durch einen kritischen Dialog mit unserer Mutterpartei wollen wir eines klar und deutlich machen: Es ist Zeit für Gerechtigkeit, Zeit für eine Gerechtigkeit, die sich an den schwächsten unserer Gesellschaft orientiert. Und es ist Zeit für eine grundlegende Erneuerung dieser Partei!

Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 heißt es unter anderem: „[...] Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.“ Es ist und bleibt eine Grunderkenntnis sozialdemokratischer und sozialistischer Politik, dass die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Geschlechterfrage, die Verteilungsverhältnisse oder die Zukunft der Umwelt keine „Probleme“, sondern gesellschaftliche Konflikte darstellen. In diesen Konflikten muss die SPD Partei ergreifen, um handlungsfähig zu werden und die Gesellschaft mitgestalten zu können.

Bei der Fülle und dem Wandel der Herausforderungen, denen wir täglich gegenüberstehen, wollen wir Jusos Weser-Ems unseren Beitrag dazu leisten die Welt ein wenig gerechter zu machen.

### **2. Organisation des Bezirks Weser-Ems**

Wir wollen die gute inhaltliche und organisatorische Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen und weiterentwickeln. Es gilt das Erreichte als Ansporn für neue Aufgaben zu verstehen. Die grundlegenden Arbeitsschwerpunkte des neuen Vorstandes sind im Nachfolgenden aufgeführt.

#### **2.1 Bezirksvorstand**

Der Bezirk ist die Summe seiner Kreisverbände/Unterbezirke. Demnach findet die Bezirksvorstandssitzung grundsätzlich mitgliederoffen statt. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos.

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden.

Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln.

53 Als Bezirksvorstand möchten wir ein Awarenesssteam einrichten, welches aus zwei  
54 Ansprechpersonen bestehen soll. Diese entwickeln in Zusammenarbeit mit dem  
55 Bezirksvorstand ein Awarenessskonzept.

56

## 57 2.2 Unterstützung der Kreisverbände und Unterbezirke

58 Die Juso Kreisverbände und Unterbezirke sind ein wichtiges Bindeglied zur Basis unseres  
59 Verbandes. Wir wollen die bestehenden Kreisverbände und Unterbezirke stärken und die  
60 Neugründung beziehungsweise Wiederbelebung inaktiver Verbände anstoßen und  
61 begleiten.

62 Alle Juso-Kreisverbände und Unterbezirke sollen in die Arbeit des Bezirks eingebunden  
63 werden. Gemeinsame Aktionen sind hier ebenso willkommen, wie eine  
64 Mitgliederversammlung oder Unterbezirks-/Kreisvorstandssitzung mit gemeinsamer  
65 Diskussion.

66 Weiterhin wollen wir aber auch einen besseren Informationsaustausch zwischen Juso-  
67 Bezirk und Juso Kreisverbänden und Unterbezirken. Um eine kontinuierliche  
68 Kommunikation zwischen Bezirk und den Unterbezirken/Kreisverbänden zu ermöglichen  
69 und bei Problemen immer erreichbar zu sein, werden die Mitglieder des Bezirksvorstandes  
70 zu Regionalbeauftragten benannt. Für alle Jusos in diesen Regionen sind die Mitglieder  
71 des Bezirksvorstandes Ansprechpartner was die Belange des Bezirks angeht. Nach  
72 Möglichkeit sollen die Regionalbeauftragten an den Sitzungen der einzelnen  
73 Unterbezirke/Kreisverbände teilnehmen, um die Arbeit des Bezirksvorstandes  
74 rückzukoppeln und Informationen auszutauschen.

75 Außerdem wollen wir den Veranstaltungskalender einführen, der die Termine der  
76 Unterbezirke/Kreisverbände zusammenfasst und Terminkollisionen verhindern soll. Hierin  
77 sollen auch die Termine für Parteitage sowie Termine des Bundesvorstandes und  
78 Seminare eingetragen werden. Die Führung dieses Kalenders obliegt dem  
79 Geschäftsführer.

80 Für eine schnelle und direkte Ansprache der einzelnen Unterbezirke und Kreisverbände  
81 soll eine WhatsApp Gruppe eingerichtet werden, in dem alle Bezirksvorstandsmitglieder  
82 sowie die einzelnen Vorsitzenden oder Sprecher\*innen der UB/KV Mitglied sind.

83

## 84 2.3 Treffen mit den Vorsitzenden und Sprecher\*innenteams

85 Wie in den letzten Jahren sind alle Vorsitzenden und Sprecher\*innen auch weiterhin im  
86 Bezirksverteiler vertreten, das heißt, sie nehmen beratend an den  
87 Bezirksvorstandssitzungen teil.

88 Um in Zukunft noch genauer auf die Unterbezirke/Kreisverbände eingehen zu können,  
89 wird es neben den Bezirksvorstandssitzungen, auf welchen die  
90 Unterbezirksvorstände/Kreisverbände immer anwesend sein sollten, noch gezielte Treffen  
91 geben. Auf diesen Treffen sollen alle vorhandenen Probleme besprochen und  
92 Handlungsansätze gefunden werden.

93 Dementsprechend wollen wir prüfen, ob ein „Bezirksplenum“ ein passendes Modell sein  
94 kann, um die Kreisverbände und Unterbezirke noch stärker in die Arbeit der Jusos Weser-  
95 Ems zu integrieren. Denkbar ist auch die Durchführung eine UB/KV-  
96 Vorsitzendenkonferenz nach Vorbild des Bundesverbands auf Bezirksebene.

97

## 98 2.4 Zusammenarbeit mit der Partei

99 Wir stehen in kritischer Solidarität mit unserer Mutterpartei der SPD. Wir verstehen uns als  
100 linker Richtungsverband innerhalb der SPD, der die Politik der Partei in kritischer  
101 Solidarität begleitet und sie mit progressiven inhaltlichen Konzepten nach vorne treibt.

102 Wir Jusos sind seit jeher dafür bekannt, dass wir unser Meinung klar und deutlich äußern,  
103 und unsere Positionen nach außen vertreten, auch wenn dies nicht immer mit denen der  
104 Mehrheit in SPD übereinstimmt. Wir bekennen uns jedoch auch hier zu unseren

105 gemeinsamen Grundwerten. Das Ziel ist dasselbe, der Weg dorthin kann manchmal  
106 unterschiedlich sein. Wir werden die Parteiarbeit weiterhin kritisch konstruktiv begleiten.

107

## 108 2.5 SPD-Bezirksvorstand

109 Damit wir die Arbeit der SPD kritisch und konstruktiv begleiten können, wollen wir uns  
110 einerseits stärker als bisher in den Bezirksvorstand der Partei einbringen und andererseits  
111 dafür sorgen, dass der SPD-Bezirksvorstand im Zuge der Parteireform eine wichtigere  
112 Rolle für die Willensbildung der Partei einnimmt. Die Jusos im SPD-Bezirksvorstand sind  
113 bei den Juso-Bezirksvorstandssitzungen willkommen und dürfen jederzeit über ihre  
114 Zusammenarbeit berichten.

115 Wir wollen den SPD-Bezirksparteitag nutzen, um die innerparteiliche Willensbildung weiter  
116 voran zu bringen. Hierfür ist wieder rum auch ein stärkeres Juso-Engagement in diesem  
117 Gremium notwendig, was sich sowohl in einer besseren Vernetzung der Juso-Delegierten  
118 aus auch in der stärkeren Einbringung inhaltlicher Initiativen in den Bezirksparteitag  
119 widerspiegeln soll.

120

## 121 3. Inhaltliche Schwerpunkte unserer Arbeit

122 3.1. Mehr Mitbestimmung bei Arbeit und Ausbildung - Schwerpunkt: Arbeit und Ausbildung  
123 Die Jusos auf Bundesebene wollen mit der Debatte um zur Arbeitsversicherung ein neue  
124 Debatte für mehr individuelle Zeit und mehr Zentralität der Erwerbsarbeit erreichen. Wie  
125 sehen wir als Jusos Weser-Ems diese Versicherung? Wie sehen traditionelle  
126 Bündnispartner\*innen vor Ort eine echte Arbeitsversicherung? Wie können wir  
127 Auszubildende in diesem Prozess mit integrieren und was müssen wir tun, um die  
128 Ausbildung in Weser-Ems weiter zu gestalten und Mitbestimmung auszubauen?

129

130 3.2. Mehr sozial-ökologische und ökonomische Umbau - Schwerpunkt: Wirtschaft und  
131 Umweltwirtschaft

132 Die Jusos wollen die Transformation aller Wirtschaftsbereiche voranbringen. Doch was  
133 bedeutet das für uns Jusos Weser-Ems? Wie können wir kommunale und landespolitische  
134 wirtschaftliche Transformation gestalten und wie sollte die Politik dementsprechend  
135 wirken? Der sozial-ökologische und ökonomische Umbau muss begleitet und gestaltet  
136 werden. In Weser-Ems haben wir eine starke Umweltwirtschaft, daher müssen wir  
137 schauen, wie wir diesen Prozess besonders begleiten können.

138

139 3.3. Schwerpunkt: Maritime Wirtschaft und Tourismus

140 Als Bezirk mit Küste, Häfen und Inseln sind die maritime Wirtschaft und der Tourismus ein  
141 allgegenwärtiges Thema. „Gute Arbeit“ in Weser-Ems kann nur mit einem starken Fokus  
142 auf diesem Thema gelingen. Wie können wir politisch die Maritime Wirtschaft stärken, um  
143 gute Arbeit vor Ort nachhaltig zu erhalten und auszubauen? Welche Maßnahmen müssen  
144 wir als Küstenbezirk vorantreiben, damit wir als Küstenbezirk weiterhin profitieren und die  
145 Maritime Wirtschaft auf die bundespolitische Agenda kommt? Wie schaffen wir unsere  
146 Tourismusbranche zu gestalten, damit auch dort „gute Arbeit“ vor Ort entsteht und wie  
147 können wir dort weiterhin gerechte Ausbildung ermöglichen?

148

149 3.4. Mehr soziale Sicherung - Schwerpunkt: Sozialpolitik

150 Die sozialen Sicherungssysteme sichern den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und  
151 Europa. Dafür müssen sie zukunftsfest finanziert werden. Doch wie wollen wir das  
152 gemeinsam erreichen? Wie können alle Einkommen und alle Berufsgruppen, in die  
153 Finanzierung des Sozialstaates einbezogen werden? Dies wollen wir mit  
154 Bündnispartner\*innen in Weser-Ems diskutieren.

155

156 3.5. Mehr Digitales - Schwerpunkt: Netzpolitik (#DigitaleAgenda)

157 Der SPD-Bundesvorstand hat sich ein Programmprozess in der Digitalen Agenda  
158 aufgelegt und soll unsere Programmpunkte für ein digitales Zeitalter werden. Themen wir  
159 „Arbeit und Wirtschaft“ spielen auch in der Netzpolitik ein wichtigere Rolle. Aber auch  
160 soziale Punkte nehmen mit „Teilhabe“ und „Breitband im ländlichen Raum“ eine nicht zu  
161 unterschätzende Rolle ein. Als Jusos Weser-Ems wollen wir uns dieser Problematik öffnen  
162 und gemeinsam diskutieren, wie Netzpolitik funktionieren soll. Außerdem wollen wir neue  
163 Formate zu Anträgen entwickeln, gerade als Flächenbezirk, müssen und können wir die  
164 digitale Revolution auch für unser politisches Engagement integrieren.

### 165 166 3.6. Mehr junge Frauen in die Politik - Schwerpunkt: Feminismus

167 Als feministischer Richtungsverband werden wir uns auch weiterhin für die Gleichstellung  
168 der Geschlechter stark machen. Mit der von uns mit zu erarbeitenden Broschüre zu  
169 „Gleichstellung“ wollen wir mit feministischen Bündnispartner\*innen sprechen. Wir wollen  
170 eine Frauenvernetzung und ein Empovernment im Bezirk entwickeln und gemeinsam  
171 schauen, wie wir junge Frauen für die Jusos und Politik gewinnen können. Außerdem  
172 wollen wir die Zusammenarbeit mit der AsF im Bezirk vorantrieben, um Frauen in der SPD  
173 noch weiter zu vernetzen.

### 174 175 3.7. Mehr kümmern und gestalten - Schwerpunkt: Ländlicher Raum

176 Der ländliche Raum hat durch das Positionspapier der SPD-Bezirke Hannover und Nord-  
177 Niedersachsen einen neuen Aspekt bekommen. Gerade als Flächenbezirk in Weser-Ems  
178 müssen und wollen wir uns mit dem ländlichen Raum kümmern und gestalten. Daher  
179 werden wir uns intensiv mit dem Positionspapier der Bezirke auseinandersetzen und  
180 unsere Forderungen mit integrieren. Dieses Papier soll dem Bezirksvorstand der SPD zur  
181 weiteren Kenntnismahme vorgelegt werden, um einen erhöhten Debattenbeitrag im Bezirk  
182 zu gewährleisten, wie der ländliche Raum sich in Weser-Ems entwickeln soll.

### 183 184 3.8. Den sozialen Aufbruch in den Regionen gestalten! - Schwerpunkt: Unsere Vision von 185 Europa

186 Durch unseren Leitantrag setzen wir im kommenden Jahr einen deutlichen Akzent in  
187 Bezug auf Europa und unsere europäische Idee. Dabei ist für uns klar, dass "Europa" kein  
188 losgelöstes oder für sich stehendes Thema sein kann, sondern mit all unseren  
189 Schwerpunkten eng verknüpft ist. Unsere Werte und Überzeugungen sollen dabei ihre  
190 Strahlwirkung auch innerhalb von Europa entfalten. Der Sozialismus und das Europa von  
191 morgen bedingen sich klar gegenseitig.

192

193 -

## 194 **4. Stärkung der politischen Bildung innerhalb des Bezirks**

195 Die Arbeit in den Bezirksschwerpunkten füllt einen großen Teil der inhaltlichen Debatten  
196 innerhalb des Bezirks aus. Um die Ergebnisse und Problematiken der jeweiligen  
197 Schwerpunkte allen Genossinnen und Genossen zugänglich zu machen, werden erneut  
198 die Schwerpunkte in Seminarform ausgerichtet. Diese Vorgehensweise hat sich als  
199 erfolgreich erwiesen. Die Bearbeiter\*innen der Schwerpunkte erhalten die Möglichkeit, ihre  
200 Arbeit vorzustellen und durch inhaltliche Debatten Probleme zu erörtern und zu lösen.

201 Wir wollen die Orga- und Seminararbeit der Jusos Weser-Ems jedoch auch dafür nutzen,  
202 um die Zusammenarbeit zu stärken. Zum einen sollen Seminare nicht nur vor Ort in den  
203 Kreisverbänden und Unterbezirken stattfinden, sondern (nach Möglichkeit) zusammen mit  
204 den jeweiligen UB/KV-Vorständen vorbereitet und durchgeführt werden. Zum anderen  
205 wollen wir aber auch externe Expert\*innen und Referent\*innen in unsere Bildungsarbeit  
206 einbeziehen, um so den Dialog zu fördern, und uns durchaus auch anderen Meinungen  
207 offen gegenüber zeigen.

208 Unsere Seminare sollen, wie bereits in der Vergangenheit des Öfteren praktiziert, nicht nur  
209 in Seminarräumen abgehalten werden, sondern auch um Besuche und Gespräche vor Ort  
210 bereichert werden.—

211 Mit unseren Bezirksprojekten wollen wir die Bundespolitik vorbereiten und unsere  
212 inhaltliche „Sprachfähigkeit“ verbessern. Die Seminare werden sich daher an die  
213 Perspektivwochenenden des Bundesverbandes inhaltlich orientieren.

214 Wir als Vorstand der Jusos Weser-Ems wollen unsere inhaltliche Arbeit außerdem besser  
215 mit dem Landesverband und den anderen Bezirken und Landesverbänden vernetzen.  
216

#### 217 4.1 Themenspezifische Seminare weiterführen

218 Wir Jusos werden auch in den kommenden Jahren dem Auftrag gerecht werden, junge  
219 motivierte Genossinnen und Genossen im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterzubilden  
220 und gemeinsam zu erarbeiten wie jungsozialistische Politik auch in unsere Partei und  
221 unsere Gesellschaft getragen werden kann. Um unsere Meinung und unser Positionen  
222 noch klarer und besser zu vertreten benötigen wir hierzu das passende Rüstzeug.  
223

#### 224 4.2 Basic-Seminar

225 Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut  
226 machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung  
227 vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden.  
228

#### 229 4.3 Methodik- Seminar

230 Das Methodik-Seminar soll die organisatorischen und methodischen Fähigkeiten der  
231 Jusos verbessern. Es sollen grundsätzliche Themen bearbeitet werden wie etwa die  
232 Sitzungsleitung und Einladungen zu Sitzungen und Konferenzen. Weiterhin sollen jedoch  
233 auch die methodischen Kompetenzen der einzelnen Jusos gefördert werden, indem wir  
234 eine Rhetorikschulung in dieses Seminar einbauen. Weiterhin sollen an konkreten  
235 Vorhaben die Grundlagen der Projektorganisation geübt werden. Das Methodik-Seminar  
236 soll somit Ausgangspunkt der Arbeit der Kreisverbände/Unterbezirke sein.  
237

#### 238 4.4 Sommerakademie

239 Mit der Spätsommerakademie wollen wir ein Seminarkonzept entwickeln, um die  
240 inhaltliche Arbeit auf Bezirksebene auszubauen, die Arbeit mit den Bündnispartnern zu  
241 verbessern und die Vorteile unseres Bezirkes zu nutzen. Als Küstenbezirk wollen wir die  
242 Anbindung zum Meer in das Seminar mit einbinden.  
243

### 244 **5. Vernetzung des Bezirks Weser-Ems zu anderen Organisationen**

245 Im Sinne der Doppelstrategie gehört es zu unserem Selbstverständnis mit  
246 Bündnispartner\*innen zusammenzuarbeiten und für gemeinsame Ziele zu kämpfen. Dies  
247 ist vor allem für die Durchsetzung und Weiterentwicklung inhaltlicher Initiativen, aber auch  
248 für die Mobilisierung für kommenden Wahlkämpfe von großer Bedeutung.

249 Vor allem soll die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden und dem Jugendwerk  
250 massiv vorangetrieben werden. Durch diese Zusammenarbeit soll zum einen eine gute  
251 Kommunikation und Diskussion, zum anderen aber auch den Erfahrungsaustausch  
252 untereinander gefördert werden.

253 Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit allen Genossinnen und Genossen, aber auch mit  
254 gesellschaftlichen Bündnispartnern (Traditionelle und/oder Neue) ausbauen.  
255

#### 256 5.1 Zusammenarbeit im Landesverband

257 Der Vorstand der Jusos Weser-Ems wird sich offensiv und konstruktiv in die Diskussion  
258 um die Neuaufstellung des Juso-Landesvorstands einbringen. Wir sehen uns hier klar in  
259 der Verantwortung für unseren Verband. Wir wollen die Aufgaben des Juso-

260 Landesvorstandes besser definieren, und darauf hinwirken, dass die Aufgabenverteilung  
261 besser organisiert wird.

262 Gemeinsam mit unseren Juso-Landesvorstandsmitgliedern werden wir diskutieren, wie wir  
263 die Inhalte unserer Kreisverbände/Unterbezirke und die Inhalte des Bezirkes in den  
264 Landesverband hineintragen können. Die Landesvorstandsmitglieder der Jusos Weser-  
265 Ems sollen die Kreisverbände und Unterbezirke bei landespolitischen Themen  
266 unterstützen.

267 Der Juso Bezirk Weser-Ems wird daher die Landespolitik auch weiterhin auf den  
268 Bezirksvorstandssitzungen diskutieren. Um eine gemeinsame Linie für den Juso-  
269 Landesverband zu haben, sollen außerdem Telefonkonferenzen mit den Mitgliedern  
270 einberufen werden, um gemeinsam die Inhalte und Positionen zu bestimmen.

271 Außerdem soll endlich ein beim Landesverband angesiedelter Pool für  
272 Seminareinladungen und Ablaufpläne sowie Referentinnen und Referenten existieren.  
273 Dies soll vor allem den Unterbezirken und Kreisverbänden bei ihrer Bildungsarbeit eine  
274 Stütze sein.

275

## 276 5.2 Zusammenarbeit im Bundesverband

277 Die Zusammenarbeit im und mit dem NWLZ hat sich erheblich für uns verbessert. Nicht  
278 nur die regelmäßigen Treffen der im NWLZ vertretenen Landes- und Bezirksvorsitzenden  
279 sondern auch mehrere Strategieklausurtagungen haben hierzu beigetragen. Wir Jusos  
280 Weser-Ems sind in dieser den Verband tragenden linken Strömung wieder zu einem  
281 wichtigen und verlässlichen Partner geworden.

282 Unser Ziel ist es, den Dialog und die Zusammenarbeit innerhalb der Strömung  
283 weiterfortzuführen und voranzutreiben. Dies gilt auch für die Gesamtlinke und die  
284 Zusammenarbeit mit den Tradis.

285 Aber nicht nur in der Strömung und bei Koordinationstreffen wollen wir uns stärker  
286 einbringen, sondern auch bei den Perspektivwochenden, im Juso-Bundesausschuss und  
287 bei den Juso Bundeskongressen.

288 Wir wollen für die Präsenz von Jusos aus Weser-Ems bei Basiskongressen stärker  
289 mobilisieren und mehr von unseren Jusos als in den vergangenen Jahren von einer  
290 inhaltlichen Mitarbeit an den Basiskongressen und an der Bundespolitik überzeugen.

291

## 292 6. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

293 In den vergangenen Jahren haben wir unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verbessern  
294 können und unsere Präsenz in verschiedenen Medien als Bezirk gesteigert. Dies gilt es  
295 weiter auszubauen und zu verstetigen. Hierbei setzen wir zu einen auf eine gute und  
296 effiziente Pressearbeit, aber auch auf den Ausbau und die Pflege unserer Internetpräsenz  
297 Die Kommunikation über Neue Medien ist ebenfalls ausgebaut wurden und zu einem  
298 wichtigen Bestandteil der Kommunikation mit den Mitgliedern und der Öffentlichkeit  
299 geworden. Auch hier müssen wir in Zukunft Attraktivität gewährleisten und das Angebot  
300 der Präsenz steigern.

301 Als Jusos Weser-Ems wollen mit Hilfe unserer Facebook-Seite, auf die jeweiligen Seiten  
302 der Kreisverbände und Unterbezirke verweisen und gemeinsam für mehr Mobilisierung  
303 sorgen und die Genossinnen und Genossen stärker vernetzen.

304 Wir werden prüfen, ob wir uns einen Instagram-Account zulegen.

305

## 306 7. Mitgliederwerbung

307 Gemeinsam mit den Unterbezirke und Kreisverbänden wird der Bezirk aktiv  
308 Veranstaltungen zur Werbung neuer Mitglieder unterstützen. Diese sollen sich nicht nur an  
309 neue Mitglieder, sondern auch an neu eingetretene Mitglieder wenden. Die Unterstützung  
310 soll personeller und informeller Natur sein. Ziel soll es sein, neben der Mitgliederwerbung,

311 Mitglieder für die Parteiarbeit zu begeistern und wieder neu zu aktivieren. Eine lebendige  
312 Partei lebt von aktiven Mitgliedern.

# Beschlüsse



"Gerade wer das  
Bewahrenswerte bewahren will, muss  
verändern was der Erneuerung  
bedarf." (Willy Brandt)

**Bezirkskonferenz der Jusos Weser-Ems am 12. Mai 2018**

Rampendahl  
Hasestraße 35  
49074 Osnabrück

<b>Antragsbereich</b>	<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
A1 Arbeit und Ausbildung	Chill' mal alter! Den Urlaubsanspruch zur Chefsache machen Jusos Weser-Ems	1
A2 Arbeit und Ausbildung	Zugang von Gewerkschaften zu Berufsschulen Jusos Oldenburg/Ammerland	2
B1 Bildung	Anpassung des Klassenschlüssels an Integrierten Gesamtschulen Jusos Oldenburg-Land	3
B2 Bildung	Ausbau psychologischer Beratungsstellen für Asylsuchenden Jusos Oldenburg-Land	4
D1 Digitales	Beteiligung der Sinti und Roma in Rundfunkräten und Landesmedienanstalten Jusos Weser-Ems	5
E1 Europa	Unsere Vision von Europa Jusos Weser-Ems	6
F1 Finanzen	Verbot von Kapitalspekulationen auf Lebensmittel Jusos Osnabrück-Stadt	17
I1 Inneres	Wahlrecht für Menschen in Betreuung „in allen Angelegenheiten“ Jusos Osnabrück-Stadt	18
I2 Inneres	Menschenwürde abschaffen? Jusos Osnabrück-Land	19
I3 Inneres	Rechtsstaat verteidigen! Neues Polizeigesetz ablehnen! Jusos Osnabrück-Land	20
L1 Landwirtschaft	Regionalisierte Landwirtschaft Jusos Cloppenburg	21
O1 Organisation	SPD erneuern Jusos Delmenhorst	23
O2 Organisation	Geschützter Raum Jusos Weser-Ems	27
O3 Organisation	Zeitliche Begrenzung von Mandaten Jusos Osnabrück-Land	29
P1 Pflege	Belastung im Pflegebereich senken Jusos Aurich	30
S1 Soziales	Einführung einer Bundesweiten Wohnungsgesellschaft Jusos Oldenburg/Ammerland	31
S2 Soziales	Abschaffung der KFZ Kennzeichen Jusos Osnabrück-Land	32
S3 Soziales	Leben Retten durch die Rettungsgasse Jusos Osnabrück-Land	33

# A1

Antragssteller:  
Jusos Jusos Weser-Ems

## Chill' mal alter! Den Urlaubsanspruch zur Chefsache machen

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

### Antrag:

Der gesetzliche Anspruch auf Urlaub wird im Bundesurlaubsgesetz (BurlG) geregelt. In diesem Gesetz wird den Werkträgigen das Anrecht auf bezahlten Urlaub zugebilligt. Die Anzahl der Urlaubstage ergibt sich aus den Tagen, an denen gearbeitet wurde. Eine werktätige Person mit einer fünf Tage Woche hat nach dem BurlG einen Mindestanspruch von 20 Tagen. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um den Mindestanspruch. Dieser wird in vielen Fällen durch kollektive oder individuelle Regelungen erhöht.

Unabhängig, ob der Urlaub lediglich aus dem Mindesturlaubsanspruch nach BurlG entstammt oder sich aus anderen Regelwerken ergibt, muss der Anspruch durch die werktätige Person eingefordert werden. Sofern der Anspruch auf Urlaub nicht innerhalb eines Kalenderjahres in Anspruch eingefordert wird, verfällt der Urlaubsanspruch ersatzlos. Das Durchsetzen des Urlaubsanspruchs ist also eine Holschuld der Arbeitnehmer\*innen. Arbeitgeber\*innen hingegen haben keinerlei Verpflichtung seine Arbeitnehmer\*innen auf Urlaubsansprüche hinzuweisen. Insbesondere zwei Gruppen von Arbeitnehmer\*innen tragen davon negative Konsequenzen. Auf der einen Seite Arbeitnehmer\*innen aus dem Ausland: Da in den jeweiligen Herkunftsländer teilweise divergierende, teilweise gar kein geregelter Anspruch auf bezahlten Urlaub besteht, fordern viele dieser Arbeitnehmer\*innen aus Unwissenheit ihren Anspruch auf bezahlten Urlaub nicht ein. Hinzu kommen mangelnde Sprachkenntnisse oder die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, welcher im schlimmsten Fall direkte Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus haben kann. Auf der anderen Seite nehmen viele Multijobber\*innen ihren Anspruch auf bezahlten Urlaub aus Unwissenheit nicht wahr. Da sie ihren Anspruch auf bezahlten Urlaub bereits in ihrer Haupttätigkeit in Anspruch nehmen, herrscht die vielfache Überzeugung, dass in einem Nebenjob, insbesondere wenn die Vergütung auf Stundenbasis besteht, kein Anspruch auf bezahlten Urlaub besteht. Dass aber gerade Multijobber\*innen einer enorm höheren Belastung ausgesetzt sind und genau diese Gruppe der Werkträgigen einen besonderen Bedarf für Erholungsurlaub hat, bleibt mit der bestehenden Regelung -ohne Berücksichtigung.

Daher fordern wir:

1. Das Nehmen von bezahltem Erholungsurlaub muss durch den Arbeitgeber innerhalb eines Kalenderjahres durchgesetzt werden.
2. Urlaubsansprüche der Arbeitnehmer\*innen verfallen nicht mehr. Sofern sie erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses durchgesetzt werden, können diese ausbezahlt werden. Solange das Arbeitsverhältnis besteht wird zwingend ein Erholungsurlaub angesetzt.
3. Das Verfahren für den Übertrag von Resturlaub in das Folgejahr, soll bei entsprechender Begründung weiterhin möglich sein. Übertragungen sind in jedem Fall mitbestimmungspflichtig.
4. Bei Zuwiderhandeln durch Arbeitgeber\*innen sollen geeignete Sanktionen verhängt werden. Diese können durch Geldstrafen, sowie den temporären Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen erfüllt werden.
5. Eine Überprüfung der Einhaltung durch die Arbeitgeber\*innen muss durch den Zoll erfolgen.

Begründung: Erfolgt mündlich

# A2

Antragssteller:

Jusos  
Oldenburg/Ammerland

## Zugang von Gewerkschaften zu Berufsschulen

angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

1 **Antrag:**

2 Wir Jusos Weser-Ems fordern, dass Gewerkschaften der Zugang zu Berufsschulen  
3 gewährt werden muss, wenn diese eine Anfrage an eine Berufsschule tätigen. Dabei sollte  
4 Berufsschüler\*innen, die\* eine Ausbildung betreiben, innerhalb der Berufsschulzeit mind.  
5 einmal die Möglichkeit gegeben werden, eine solche Veranstaltung zu besuchen, wenn sie  
6 angeboten wird.

7  
8 **Begründung:**

9 Es gibt Berufsschulen, die den Gewerkschaften den Zugang zu einer Berufsschule  
10 verwehren. Dabei setzen sich gerade Gewerkschaften für die Rechte von  
11 Arbeitnehmer\*innen ein. Über die Vorteile einer Gewerkschaft oder das kollektive Handeln  
12 und Nutzen von Gewerkschaftsrechten und der eigenen Arbeitsrechte, wissen die  
13 Schüler\*innen selten bescheid.

Wir müssen daher Gewerkschaften den Zugang per Erlass ermöglichen und die  
Gewerkschaften stärken

# B1

Antragssteller:  
Jusos Oldenburg-Land

## Anpassung des Klassenschlüssels an Integrierten Gesamtschulen

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

14 **Antrag:**

15

16 Die Jusos Weser-Ems beantragen, die **Anpassung des Klassenschlüssels an**  
17 **Integrierten Gesamtschulen.**

18

19 **Begründung:**

20 „Die Arbeit der Gesamtschule ist durch das Bestreben geprägt, Schülerinnen und Schülern  
21 mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gemeinsame Lernerfahrungen zu vermitteln  
22 und sie durch differenzierenden Unterricht individuell zu fördern.“ Um dieses auch  
23 zukünftig zu gewährleisten, ist es unabdingbar den Klassenschlüssel an Integrierten  
24 Gesamtschulen anzupassen und von 30 auf 26 Schüler\*innen herabzusetzen.  
25 Die IGS ist eine differenzierende Schulform. Diese Differenzierung erfolgt entweder  
26 äußerlich oder innerlich durch binnendifferenzierten Unterricht. Da jedoch gerade in  
27 unteren Schuljahrgängen auf äußerliche Differenzierung verzichtet wird, ist es wichtig den  
28 Lehrkräften ausreichend Zeit für die individuelle Förderung zu ermöglichen. Zurzeit stellt  
29 die Schülerhöchstzahl an Integrierten Gesamtschulen die Lehrkräfte in Bezug auf die  
30 individuelle Förderung der Schüler\*innen vor eine unzumutbare Aufgabe.

**B2**

Antragssteller:

Jusos Oldenburg-Land

**Ausbau psychologischer  
Beratungsstellen für  
Asylsuchende**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

1 Weiterleitung an:  
2

3 **Antrag:**  
4

5 Die Jusos Weser-Ems beantragen den **Ausbau psychologischer Beratungsstellen für**  
6 **Asylsuchende** auf der Jusos Bezirkskonferenz am 12. Mai 2018 in Osnabrück  
7

8 **Begründung:**

9 Seit 2014 haben rund 2 Millionen Asylsuchende den Weg nach Deutschland gefunden.  
10 Die meisten von ihnen haben auf ihrem Weg nach einem sicheren Zufluchtsort  
11 traumatische Erlebnisse erfahren. Laut einer Schätzung bräuchten etwa 30–50 % dieser  
12 Asylsuchenden therapeutische Behandlungen<sup>1</sup>. Unbehandelt können solche  
13 traumatischen Erlebnisse zu Depressionen, Persönlichkeitsstörungen und weiteren  
14 schwerwiegenden psychischen Erkrankungen führen. Alleine im Jahr 2017 begangen 400  
15 Asylsuchende Selbstmord. Aktuell gibt es 2 Anlaufstellen in Niedersachsen, die diesen  
16 Leuten helfen das Erlebte zu verarbeiten. Auf ganz Deutschland gibt es hiervon 42  
17 Einrichtungen. Leider werden andere Therapiemöglichkeiten nicht unterstützt. Deswegen  
18 fordere ich einen flächendeckenden Ausbau dieser Einrichtungen und bessere  
19 Präventionsarbeit zur psychologischen Behandlung von Geflüchteten

---

<sup>1</sup>Vgl. Spektrum (<http://www.spektrum.de/news/psychologische-betreuung-von-fluechtlingen/1216331>)

D1	Antragssteller: Jusos Weser-Ems	<b>Beteiligung der Sinti und Roma in Rundfunkräten und Landesmedienanstalten</b>
	X <input checked="" type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an:.....	

Weiterleitung an:

- 1 **Antrag:**
- 2 Die Juso-Bezirkskonferenz Weser-Ems möge beschließen:
- 3 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Ratifizierung des
- 4 Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten nicht nur zum besonderen
- 5 Schutz, sondern auch zum Einbezug der Sinti und Roma ins gesellschaftliche und
- 6 politische Leben verpflichtet. Bis heute werden Sinti und Roma in weiten gesellschaftlichen
- 7 Teilen nicht akzeptiert. Wohin man sieht, trifft man auf Vorurteile und ausgeprägten
- 8 Antiziganismus.
- 9
- 10 Diese werden nicht zuletzt durch das Fernsehen verbreitet. Beiträge über Sinti und Roma
- 11 befassen sich meistens mit Problemimmobilien, Wohnwagensiedlungen, unhaltbaren
- 12 hygienischen Umständen, „Sozialtourismus“ und Kriminalität. Die Darstellung der
- 13 exotischen Hochzeitsrituale mit Brautkauf und Jungferntest eignet sich als Grundlage für
- 14 die Vox-Sendung „Junge Roma in Deutschland – Tradition ist alles!“, wohingegen die
- 15 Darstellung von standesamtlichen oder kirchlichen Trauungen der Sinti und Roma in der
- 16 öffentlichen Darstellung keinerlei Beachtung finden. Auch im ZDF Morgenmagazin vom
- 17 20.02.2013 über Armutszuwanderung wird als visuelle Darstellung von Roma, Bilder von
- 18 bettelnden Menschen verwendet. Auch hier wird auf den Stereotyp der „Bettel-Roma“
- 19 zurückgegriffen. In den Hintergrund gelangen bei den Darstellungen die Faktoren, welche
- 20 vor allem die Roma in derartig prekäre Lagen drängt: Die rassistische Ausgrenzung und
- 21 die Verfolgung, derer sie alltäglich ausgesetzt sind.
- 22 Um dem entgegenzustehen muss die Berichterstattung in den Medien verstärkt auf
- 23 antiziganistische Inhalte überprüft werden.
- 24 Daher fordern wir die Beteiligung der Sinti und Roma in Rundfunkräten und
- 25 Landesmedienanstalten. In diesen Gremien soll jeweils ein Mitglied durch den Zentralrat
- 26 der Sinti und Roma benannt werden dürfen. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob es
- 27 weitere Minderheiten gibt, die durch ihre öffentlichen Stereotypisierung ein erhebliches
- 28 Interesse am Einbezug in Rundfunkräten und Landesmedienanstalten haben.
- 29
- 30 **Begründung:**
- 31
- 32 Erfolgt mündlich

# E1

Antragssteller:

Jusos Weser-Ems

## Unsere Vision von Europa

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

### Unsere Vision von Europa: Den sozialen Aufbruch in den Regionen gestalten!

#### I. Vorwort

In Zeiten einer globalisierten Welt und einer in verschiedene Krisen geratenen Europäischen Union erscheint es als Gebot der Stunde, die europäische Integration neu zu denken.

Mit diesem Antrag stellen wir klare politische Zukunftsforderungen, die insbesondere durch sozialdemokratische Parteistrukturen umgesetzt werden müssen. Denn ein Gegenmittel wider den Nationalismus kann ein starkes Europa der Regionen sein. Das Europa der Regionen (EdR) ist die Bezeichnung für ein politisches Konzept, dass die Regionen in den EU-Mitgliedsländern fördern sollen. Schließlich hat sich bei vielen Menschen ein Bild einer abgehobenen EU der Eliten etabliert: Ein System zu komplex und weit weg, um es zu verstehen.

In den Regionen könnte eine Antwort auf diese Problematik liegen: Kommunalpolitik hat das Potenzial nah bei den Menschen zu sein. Die Identifikation mit der Region ist vor Ort häufig groß. Und pro-europäische Publizist\*innen sind sich sicher, dass ein geeintes Europa nur gelingen kann, wenn die Akzeptanz der Politik vor Ort gegeben ist.

Ein Best-Practice-Beispiel dafür ist Weser-Ems, eine politisch nicht-verfasste, sondern lediglich historische Kulturlandschaft. Dennoch gelingt es ihr, ihren Einfluss auf EU-Politik geltend zu machen. Ferner schafft sie es, die deutsche Region zu sein, die prozentual die meisten europäischen Fördergelder erhält. Sie hat sich Zugang zu konkreten Policy-Making-Prozessen verschafft, indem sie Agenda-Setting besonders im Bereich Energie- und Umweltpolitik betrieb.

Unklar ist jedoch, inwieweit Weser-Ems hier als europäische Modellregion dienen kann. Die regional-ausgeprägte Identität scheint in diesem Fall mit Ansätzen einer europäischen Identität zu harmonieren. Dazu ist aber zu sagen, dass führende Politiker\*innen aus Weser-Ems sich sehr pro-europäisch äußern. Dies mag mit dem Umstand zusammenhängen, dass große Teile Weser-Ems traditionell von einer pro-europäischen SPD geführt wird und sich wirtschaftlich zufriedenstellend entwickelt hat.

Es ist gut möglich, dass Regionen, die nicht in diesem Maße von der EU profitieren, oder eine ausgeprägte nationale Identität besitzen, weniger aufgeschlossen gegenüber dem EU-Einigungsprozess sind. Aber: Eine friedliche Zukunft liegt nicht im Nationalismus, sie kann im Europa der Regionen liegen.

Die EU könnte mit der Implementierung dieser Vision durch eine sukzessive Aufwertung der Regionen beginnen. Dafür wären Projekte wie der Vorschlag Gesine Schwans, die EU solle Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen am Nationalstaat vorbei durch einen Fonds unterstützen, denkbar. So wie es die Sandwich-Theory besagt, könnten starke Regionen und eine starke EU, mit einem Senat der Regionen als zweite Kammer neben dem EP, das Europa der Nationen ablösen. Dadurch könnte ein regionalisierter europäischer Föderalstaat entstehen. Die Umsetzung dieser großen Vision muss im

42 Kleinen beginnen, in den Regionen selbst: Ein Ort dafür liegt zwischen Weser und Ems,  
43 zwischen Nordsee und der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Der Bezirk Weser-Ems wird  
44 die Vorreiterrolle einnehmen.

45  
46  
47  
48

## **II. Forderungen**

49 Wir Jusos fordern weitreichende Veränderungen in den folgenden Politikfeldern:

50

51

### **1. Demokratie**

52

53 • Stärkung des Europäischen Parlaments durch mehr Einfluss auf die Kommission  
54 und ein Initiativrecht.

55

56 • Aufstellung eines Eurozonenbeirats, da die Eurogruppe ihre Kompetenzen im  
57 Verhältnis zu ihrer demokratischen Legitimation überschreitet.

58

59 • Schaffung europäischer Wahlkreise auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

60

61 • Schaffung transnationaler Listen für das EP, um die durch den Brexit wegfallenden  
62 Sitze zu vergeben.

63

64 • Vereinheitlichung des europäischen Wahlrechts um verschiedene Sperrklauseln  
65 und das Mindestwahlalter anzugleichen.

66

67 • Einführung eines am Proporz der Bevölkerung orientierten Verhältniswahlrechts:  
68 Erststimme regionale\*r Abgeordnete\*r, Zweitstimme Parteiliste.

69

70 • Einrichtung einer Monitoring-Stelle zur Einhaltung der Kopenhagener Kriterien zur  
71 Stärkung von Freiheitsrechten gegen Korruption.

72

73

### **2. Identität**

74

75 • Die Abschaffung der Nationalstaaten, nationaler Identitäten und Landesgrenzen –  
76 unser Ziel ist klar: no borders, no nations.

77

78 • Bildung und Kultur als gemeinschaftsfördernde Lebensbereiche begreifen, um das  
79 Zugehörigkeitsgefühl der Zivilbevölkerung zur Europäischen Union zu fördern.

80

81 • Identitätsförderung durch ein belastbares Europeanarrativ und das Selbstverständnis  
82 Europas als Friedensprojekt.

83

84 • Aufwertung des Europatages zum europaweiten gesetzlichen Feiertag.

85

86 • Errichtung eines gemeinsamen europäischen Nachrichtenformats für eine spürbare  
87 europäische Öffentlichkeit.

88

- 89 • Stärkung des europäischen Miteinanders und  
90 Gemeinschaftsgefühl durch eine Stärkung des Europas der Regionen: Wir fordern  
91 eine praktizierte Vertiefung des Subsidiaritätsprinzips anhand einer  
92 Kompetenzerweiterung des Ausschusses der Regionen und eine rechtsverbindliche  
93 Folgenabschätzung bei entsprechenden Gesetzesvorschlägen hinsichtlich der  
94 kommunalen Belange. Langfristig können wir uns auch einen Senat der Regionen  
95 als zweite legislative Kammer vorstellen.
- 96
- 97 • Der Abbau von Diskriminierung und Verfolgung von ethnischen Minderheiten muss  
98 weiter vorangetrieben werden. Eine härtere Sanktionspolitik der EU gegenüber  
99 zuwiderhandelnden Mitgliedsstaaten ist hierzu unerlässlich.

100

101

### 3. Harmonisierung und Integration

102

103

- Europäische Solidarität statt nationale Interessen in den Mittelpunkt. Es mangelt in den aktuellen Krisendiskursen, wie in der so genannten „Flüchtlingskrise“ und in der „Finanzkrise“, an einer präzisen Definition von europäischer Solidarität, obwohl von verschiedenen Akteuren in Europa das Dogma der Solidarität eingefordert wird.

104

105

106

- Europäische Solidarität in der Geflüchteten- und Asylpolitik.

107

108

- Stärkung von Demokratie und Solidarität durch eine Harmonisierung der Steuer- und Fiskalpolitik.

109

110

- Die soziale Agenda muss institutionell gestärkt werden.

111

112

- Das Dogma der Konsolidierung stürzen: Wir fordern eine Auflösung des Dogmas der Verteufelung von Staatsschulden – in Austeritätsprogrammen und dem Fiskalpakt – sowie eine gemeinschaftliche und solidarische Wahrnehmung von Staatsfinanzierung und Staatsverschuldung.

113

114

- Die Finanztransaktionssteuer (FTS) ist spätestens durch die Finanzkrise 2007 und den daraus folgenden Krisen als Notwendigkeit einer besonderen Regulierung für die Finanzmärkte in der öffentlichen Debatte angekommen.

115

116

- Energie als Daseinsfürsorge durch die Stärkung der Energieunion: Die Versorgung mit Energie muss in Europa als Daseinsfürsorge begriffen werden, wofür die EU Verantwortung übernimmt und als Gewährleister\*in sowie Koordinator\*in im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auftritt. Um für einen europäischen Energiemarkt eine nachhaltige Erzeugung, optimale Verteilung und einen effizienten Verbrauch zu gewährleisten, braucht es nicht nur allgemein definierte Ausbau- und Reduktionsziele, sondern auch ein gemeinsames Agieren in Europa.

117

118

- Strukturelle Konvergenz sozial denken: Die Europäische Regionalpolitik bedarf einer finanziellen Stärkung durch Aufstockung bereits bestehender Instrumente wie dem Europäische Sozialfonds (ESF) und dem Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

119

120

121

122

123

124

- 137 • Nach Durchsetzung der Ehe für Alle auch in Deutschland muss sie endlich in allen  
138 europäischen Staaten anerkannt werden.  
139  
140 • Wir wollen eine Abkehr von der Festung Europa hin zu einem Europa für alle  
141 Menschen.

#### 142 **4. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

- 143  
144  
145 • Aufgabe der europäischen Außenpolitik ist es, humanitäre Hilfe zu leisten, die auf  
146 sustainable Development ausgerichtet ist.  
147  
148 • Die europäische Friedens- und Außenpolitik ist derart zu gestalten, dass es in erster  
149 Linie darum gehen muss, die Lebenssituation der Menschen in strukturell  
150 benachteiligten Regionen zu verbessern und somit Krisen bereits im Vorfeld  
151 vorzubeugen. Hierzu gehört insbesondere die Förderung von Bildungsangeboten  
152 und Unterstützungsangeboten zur Schaffung und Etablierung demokratischer  
153 Strukturen ohne dabei zu bevormunden.  
154  
155 • Die europäische Verteidigungspolitik darf nicht dazu instrumentalisiert werden  
156 Macht- oder Wirtschaftsinteressen einzelner Staaten oder auch des Kollektivs  
157 durchzusetzen.  
158  
159 • Wir fordern die Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes.  
160  
161 • Die Instrumente einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik dürfen unter  
162 keinen Umständen die konventionelle Kriegsführung sein, sondern müssen darauf  
163 ausgerichtet sein, einen positiven Frieden zusichern, der langfristig zur  
164 Krisenprävention beiträgt.  
165  
166 • Wir wollen eine europaweite Förderung für im Katastrophenschutz tätige Vereine  
167 und Organisationen sowie Standards für die Durchführung des medizinischen  
168 Katastrophenschutzes.  
169  
170 • Europaweite Standards für die Vorgehensweise bei Katastrophenfällen und  
171 Terroranschlägen. Dies gilt auch für die tägliche Gefahrenabwehr im Bereich  
172 Feuerwehr und Polizei.  
173  
174 • Verbindliche EU-Norm für Feuerwehr-, Rettungs-, und Polizei- und  
175 Katastrophenschutzfahrzeuge.  
176  
177 • Wir wollen eine Umgestaltung von Frontex. Frontex darf keine paramilitärische  
178 Festungseinheit sein, die der Abschottung dient.  
179  
180 • Bestrafung von Frontex-Befehlshaber\*innen, welche nachweislich Flüchtlingsschiffe  
181 versenkt haben, sowie die volle Übernahme der rechtlichen Verantwortung für die  
182 Handlungen während der von ihr koordinierten Aktionen und die Einrichtung  
183 eines unabhängigen Überwachungsverfahrens während der durch Frontex  
184 koordinierten Aktionen.

185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232

- Es bedarf eines rechtsverbindlichen Verhaltenskodex der mit den EU- Richtlinien im Bereich Asyl und dabei insbesondere den Richtlinien 2003/9 („Aufnahmerichtlinie“) und 2005/85 („Verfahrensrichtlinie“) sowie dem Grundsatz der Nichtzurückweisung im Einklang steht und an den sich Frontex allumfassend zu halten hat.

- Europaweite Richtlinien für einen restriktiven Umgang mit personenbezogenen Daten. Europäische Verbunddateien und der Austausch von polizeilichen Informationen dürfen nur unter äußerster Vorsicht und innerhalb enger und strikter Grenzen erfolgen.

## **5. Steuern und Finanzen**

- Europa braucht eine eigene Einnahmequelle und muss unabhängig von der Gebermentalität einzelner Mitgliedstaaten werden. Dafür muss endlich eine europäische Finanztransaktionssteuer durchgesetzt werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir unsere Forderung diesbezüglich endlich umsetzen.
- Gerade wohlhabende Menschen haben in der Wirtschaftskrise in Europa ihr Vermögen in sogenannte sichere Häfen gebracht, z. B. durch Investitionen in Immobilien oder Wertpapiere. Wir wollen diese Menschen durch eine Vermögenssteuer stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen.
- Wir wollen auch weiter darüber diskutieren ob ein Betrag der Mehrwertsteuer (z. B. 1%) für die europäische Ebene bereitgestellt werden kann.

## **6. Arbeit**

- Solidarische Arbeitsmarktpolitik: In der EU entsteht eine Generation, die vom Arbeitsmarkt abgehängt ist und ohne positive Vision für Europa aufwächst. Arbeitslosigkeit führt zu Perspektivlosigkeit in der europäischen Jugend – sie verbindet mit der EU vor allem Krisen und Chancenlosigkeit. Dem muss durch entsprechende Maßnahmen der europäischen Union entgegengewirkt werden. Die Europäische Union soll beispielsweise Unternehmen (kleine und mittelständische) finanziell unterstützen, wenn sie junge Menschen ausbilden. Zudem soll es für große Unternehmen eine Mindestquote an Ausbildungen geben. Wir fordern eine Europäische Ausbildungsumlage.
- Beschäftigungsbedingungen und Arbeitnehmer\*innenfreizügigkeit: Sozial- und Lohndumping in der EU gehen zu Lasten aller Menschen in Europa. Nur durch die Gewährung gleicher Beschäftigungsbedingungen kann eine faire und freiwillige Mobilität in Europa gewährleistet werden. Wir stehen auch weiterhin zu einem europäischen Mindestlohn. Die Arbeitnehmer\*innen dürfen nicht gegenseitig ausgespielt werden. In unserer Vision sollen daher alle arbeitenden Menschen einen Mindestlohn erhalten, der ausreichend ist und überall gleich angewandt werden kann.
- Wir stehen weiterhin fest hinter dem Volkswagengesetz.

233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246  
247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260  
261  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272  
273  
274  
275  
276  
277  
278  
279  
280

## 7. Soziales

- Sozialunion: Auf europäischer Ebene fehlt eine institutionell ausgestaltete Sozialunion. Eine Sozialunion sichert die ideellen Werte der EU, indem sie auf soziale Ungleichheiten und gesellschaftspolitische Trends reagiert.
- Soziale Mindeststandards: Ungleichheiten innerhalb und zwischen EU-Mitgliedstaaten verhindern die Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls. EU-weite soziale Mindeststandards, als Grundlage eines ausgeprägten europaweiten Wohlfahrtsstaates, nehmen die Angst vor sozialem Abstieg und Exklusion und wirken damit einer zentralen Ursache von Euroskeptizismus und Populismus entgegen.
- Die Schaffung einer europäischen Altersabsicherung: Altersarmut ist ein EU-weites Problem und hat besonders seit der Krise in vielen Mitgliedsstaaten stark zugenommen.
- Wohnraum: Wir fordern, dass ein solidarischer EU-Fonds eingerichtet wird, der die Mitgliedsstaaten bei der Durchsetzung und Einhaltung von verbindlichen europäischen Mindeststandards finanziell unterstützt.
- Gebäude die durch Fördermittel der EU oder durch sozialen Wohnungsbau errichtet wurden sollen Eigentum der Kommune, des Landes oder des Staates bleiben und dürfen nicht an Privatinvestoren verkauft werden.
- In der ganzen EU sollen Männer und Frauen\* den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Die Frauen\*rechte sollen europaweit gestärkt und ausgebaut werden.

## 8. Gesundheit und Pflege

- Einführung europaweiter Standards für die Behandlung von präklinischen und klinischen Patienten unter Berücksichtigung der bereits bestehenden europäischen Fachgesellschaften.
- Eine einheitliche gesetzliche Regelung zur Durchführung von invasiven Maßnahmen und die Applikation von Medikamenten, auch von Betäubungsmitteln (BTM), durch Notfallsanitäter\*innen, Paramedics, Notfallpfleger\*innen usw. gemäß europäischen Vorbildern wie Großbritannien oder der Niederlande und unter Berücksichtigung der Empfehlungen von europäischen Fachgesellschaften wie ESC, ERC und weiteren.
- Bereitstellung europäischer Fördermittel für die Gründung und den Erhalt von Landarztpraxen und Facharztpraxen.
- Eine europaweite schulische Aufklärung über die Folgen von schlechter Ernährung und mangelnder Bewegung.

281  
282  
283  
284  
285  
286  
287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
323  
324  
325  
326  
327  
328

- Eine europaweite Auffrischungspflicht für die Erste-Hilfe-Bescheinigung im Abstand von Fünf Jahren.
- Die EU-weite Förderung von Organisationen und Vereinen, welche sich mit Sport und Gesundheit beschäftigen.
- Einen europäischen Pflegebetreuungs-Schlüssels, der für alle EU-Staaten verbindlich ist und Abweichungen davon sanktioniert werden sollen.
- Eine einheitliche Regelung der Sterbebegleitung und -hilfe. Jeder Mensch darf über den Zeitpunkt und die Art seines Todes bestimmen.
- Gemäß der vorher genannten Forderung nach einheitlichen Ausbildungsstandards, eine europaweite Anerkennung der Berufe, Altenpfleger\*in, Gesundheits- und Krankenpfleger\*in, Notfallsanitäter\*in, Rettungssanitäter\*in.
- Einführung von europäischen Vorgaben zur Durchführung des Rettungsdienstes, welche sich nach dem Vorbild von Dänemark orientiert. Dort wird der Rettungsdienst in drei Berufe unterteilt: Fahrer\*in, Behandler\*in, Paramediziner\*in.
- Hinzuziehung medizinischer Einsatzkräfte im Grenzbereich bei Katastrophenfällen.
- Schaffung eines EU-Förderfonds für Länder in denen niedrige medizinische Standards gelten, oder deren medizinischen Geräte stark veraltet sind.
- Cannabis soll EU-weit als Heil- und Schmerzmittel für Menschen mit chronischen, unheilbaren oder Krankheiten im Endstadium anerkannt und verschrieben werden. Mittelfristig soll der Verkauf durch staatlich legitimierte und kontrollierte Stellen und Konsum von Cannabis legalisiert werden, um den grenzübergreifenden Schwarzmarkt auszutrocknen.

## 9. Bildung

- Wir fordern eine am humanistischen Ideal orientierte gemeinsame europäische Bildungspolitik, die Schaffung einheitlicher Qualitätsstandards und Bildungszielen sowie die Errichtung eines unabhängigen, öffentlich finanzierten europäischen Bildungsfonds.
- Berufliche Ausbildung: Wir fordern die Einführung eines Ausbildungssystems mit einheitlichen europäischen Richtlinien und Qualitätsstandards. Grenzüberschreitende Ausbildungsmöglichkeiten müssen geschaffen und die Mobilität attraktiver gestaltet und vereinfacht werden.
- Hochschulbildung: Wir fordern die Einführung einer gemeinsamen europäischen Studien- und Hochschulfinanzierung bei gleichzeitiger Abschaffung jeglicher Bildungsgebühren.

329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375

- Barrieren bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und Abschlüssen müssen abgebaut werden.

## **10. Internationaler Handel und Entwicklung**

- Binnenmarktzugang darf nur unter ILO-Kernarbeitsnormen gewährt werden.
- Strategische Partnerschaften dürfen nur eine kohärente Entwicklungspolitik zum Ziel haben.
- Handelspolitik muss sich an fairem Handel orientieren und der post-kolonialen Verantwortung Europas Rechnung tragen.
- Die EU soll die Ausfuhr von Waffen in Konfliktstaaten unterbinden und im Falle von Umgehungsstrategien sanktionieren.
- Einfuhrzölle für europäische Schiffe, welche aus Kostenspargründen ausgeflaggt wurden.
- An den europäischen Börsen soll nicht mehr mit Lebensmitteln spekuliert werden können.

## **11. Digitalisierung**

- Sicherung der Netzneutralität: Mögliche Einschränkungen der Netzneutralität müssen immer dem Gemeinwohl (Spezialdienste nur in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Sicherheit) dienen.
- Digitalisierung der Arbeitswelt: Diese wird die Arbeitswelt massiv verändern. Wenn der Prozess aktiv gestaltet wird, ermöglicht er Teilhabe und Inklusion aller Menschen am Arbeitsmarkt und kann die Verlierer\*innen des digitalen Wandels auffangen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist nicht an nationale Grenzen geknüpft, sondern ein globales Phänomen. Die EU hat jetzt die Möglichkeit, Vorreiter\*in zu sein sowie gute und faire Standards hierfür zu setzen.
- Wir fordern den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsinternetleitungen im ländlichen Raum durch EU-Fördermittel.

## **12. Nachhaltigkeit**

- Forschung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz muss massiv unterstützt werden.
- Der Widerspruch der Wirtschafts- und Klimastrategien der EU müssen durchbrochen werden.
- Nachhaltiger Konsum muss gefördert werden.

376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405  
406  
407  
408  
409  
410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418  
419  
420  
421  
422  
423

- Wir fordern, dass Plastik als Verpackungsmaterial in allen EU-Staaten abgeschafft wird und stattdessen nur Verpackungsmaterialien benutzt werden, die natürlich abbaubar sind.
- Nachweislich ökologische Landwirtschaft muss von der EU gefördert und von einem unabhängigen Gremium jährlich überwacht werden. Die hierfür notwendigen Mittel sollen der industriellen Tierhaltung und der auf den reinen Export ausgerichteten Landwirtschaft entzogen werden.
- Wir fordern eine EU-weite Agrarwende hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang begrüßen wir viele Aspekte der Hannoverschen Erklärung. Für eine soziale Landwirtschaft bedarf es einer Abwendung der exportorientierten europäischen Landwirtschaft und einer Hinwendung zur Produktion für den europäischen Binnenmarkt.
- Das Verbot von Glyphosat und gleichartigen Mitteln ist für uns ein nicht verhandelbares Ziel der europäischen Umwelt- und Agrarpolitik.
- Förderung für Unternehmen, Vereine und Organisationen, welche die Meere und Seen innerhalb Europas von Makro- und Mikroplastiken reinigen.
- Die EU soll die Reinigung von Meeren und Binnengewässern von Makro- und Mikroplastiken als Klimaschutzziel aufnehmen.
- Die EU soll den Ausbau und den Neubau von Meerwasserentsalzungsanlagen fördern, die nicht zu einer massiven Erhöhung des Salzgehaltes im Meer führen.
- Die EU soll noch schärfere Vorgaben für die Reinheit des Trinkwassers aufstellen und Verstöße härter sanktionieren.
- Förderung von Firmen, welche ausschließlich recycelte oder nachhaltige Produkte vertreiben.
- Förderung von alternativen Automobilantrieben wie H2-Antriebe oder elektrischer Antriebstechnik.
- Alle Fahrzeuge des ÖPNVs sollen keine CO-, CO<sub>2</sub>- und StO- Emissionen ausstoßen.
- Alle Dienstfahrzeuge der EU sollen auf Elektro- oder H<sub>2</sub>-Automobile umgestellt werden.
- Besserer Schutz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten.
- Es darf kein Tierpelz mehr für die Produktion von Kleidung verwendet werden.
- Es sollen EU-weit keine Tiere mehr in Zirkus auftreten.

- 424 • Langfristig sollen keine Wildtiere in Zoos oder ähnlichen Tierparks gehalten werden  
425 und dafür das Augenmerk bei dem Erhalt der Artenvielfalt auf Naturreservaten und  
426 präventiven Maßnahmen liegen.  
427
- 428 • Einschränkung von geplanter Obsoleszenz bei großen Elektronikgeräten.  
429
- 430 • Förderung von Recycling für Elektroschrott.  
431
- 432 • Der Wolf soll europaweit wieder angesiedelt werden, zudem sollen die Regionen in  
433 denen er angesiedelt wurde finanziell unterstützt werden. Die Ansiedlung von  
434 Wölfen muss jedoch zwingend mit Schutzmaßnahmen für die ansässigen Landwirte  
435 und deren Tieren einhergehen.  
436  
437

### 438 **13. Verkehr**

- 439
- 440 • Förderung zum Ausbau von ÖPNV-Strecken in die ländlichen Gebiete, für bessere  
441 Verbindungen zwischen Ballungszentren und ländlichem Bereich.  
442
- 443 • Alle Fähren-, Kreuzfahrt-, Fracht-, Rettungs-, Polizei-, Feuerwehr-, und Sportschiffe  
444 sollen umweltschonender werden und deshalb nach dem Stand der Technik  
445 nachgerüstet werden.  
446
- 447 • Für die Kooperationsperspektive in Europa brauchen wir neue  
448 Umweltaforderungen für EU-Häfen. Nachhaltige und sozial-ökologische Häfen  
449 müssen in Europa bessergestellt werden. Außerdem darf keine europäische  
450 Ausschreibung ohne faire Wettbewerbsbedingungen stattfinden.  
451
- 452 • Finanzielle Förderung von Einrichtung maritimer Wirtschaft sind an die Einhaltung  
453 unsere Standards guter Arbeit sowie an eine ökologische nachhaltige  
454 Produktionsweise zu binden.  
455

### 456 **III. Zusammenarbeit mit Bündnispartner\*innen zur Erreichung unserer** 457 **Ziele: Sozialistische Internationale und Progressive Alliance stärken!**

458 „Eine neue internationale Ordnung vorzubereiten und aufzubauen ist eine zu wichtige  
459 Aufgabe, um sie allein den Regierungen und den internationalen Behörden zu  
460 überlassen.“ (Willy Brandt)

461 Die internationale Sozialdemokratie kann auf eine lange und bewegte Geschichte der  
462 internationalen Solidarität und Parteienkooperation zurückblicken. Heute ist diese  
463 Kooperation allerdings nicht mehr so aktiv wie sie einst war. Wenn wir unsere Vision von  
464 Europa umsetzen wollen, müssen wir uns auf unsere stolze Vergangenheit besinnen.  
465 Persönlichkeiten wie Willy Brandt sorgten vor Allem in den 1970er und 80er Jahren dafür,  
466 dass die Sozialistische Internationale zu einem wirkungsvollen Akteur im Sinne des  
467 Transnationalismus werden konnte.

468 In der wissenschaftlichen Betrachtung internationaler Organisationen und transnationaler  
469 Politik stehen häufig internationale Nicht-Regierungsorganisationen im Vordergrund.  
470 Weniger oft geht es aber um die Analyse ideologie-geleiteter internationaler  
471 Parteienorganisationen. Betrachtet man jedoch das große Feld linker

472 Globalisierungskritiker, so spielt historisch gesehen die Sozialistische Internationale (SI)  
473 als traditionsreiche Parteienorganisation, die dem Konzept der internationalen Solidarität  
474 nach Karl Marx verpflichtet ist, eine bedeutende Rolle. Besonders in den 16 Jahren der  
475 Präsidentschaft des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und langjährigen SPD-  
476 Vorsitzenden Willy Brandt wurde diese zu einem frühen kritischen Begleiter des  
477 Globalisierungs-Prozesses. Mittlerweile scheint diese Organisation jedoch in der  
478 Bedeutungslosigkeit verschwunden zu sein.

479 Dennoch scheint heute eine internationale sozialdemokratische Parteienzusammenarbeit  
480 als Gegengewicht zur Globalisierung, von vielen Menschen gewollt. Nicht nur linke  
481 Globalisierungskritiker fordern die Globalisierung zu gestalten um den großen  
482 Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden.

483 Daher wollen wir es zu unserer Aufgabe machen, diese Herangehensweise wieder mehr  
484 in den Mittelpunkt unserer europäischen Arbeit zu stellen. Dieser Umsetzung sollen  
485 unsere Forderungen dienen. Das Wirtschaftssystem des Neoliberalismus muss auch  
486 weiterhin als gescheitert angesehen und ein Glaube an Menschenrechte, Freiheit,  
487 Gerechtigkeit, soziale Gleichheit und internationale Solidarität als fundamental  
488 ausgemacht werden.

489 Zur Umsetzung unserer europapolitischen Forderungen ist eine Stärkung unserer  
490 Bündnisse wichtig und eine Zusammenarbeit mit Bündnispartner\*innen auch außerhalb  
491 der klassischen sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen finden zu können.  
492 Vor dem Hintergrund eines Zerfaserns des Parteiensystems sind solche breit aufgestellten  
493 Bündnisse wünschenswert.

494 Grundsätzlich setzen sich Politiknetzwerke aus mehreren korporativen Akteuren  
495 zusammen und können aus Akteuren gleichen Typs bestehen um ihre begrenzten  
496 Ressourcen zu bündeln. Wichtig ist, dass wir unser Augenmerk bei der europäischen  
497 Vernetzung auf Parteien gleichen Typs legen. Besonders ist hier allerdings, dass  
498 Bündnisse auch Nicht-Parteien, also Stiftungen und NGOs offenstehen.

499 Gleichzeitig sollte auch die Sozialistische Internationale nicht abgeschrieben werden. Die  
500 Strukturen könnten durch die Unterstützung der Jusos, der Young European Socialists  
501 (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) gestärkt werden.

502 Insgesamt nehmen wir Jusos in der SPD unter dem Dach von YES und IUSY die  
503 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an und wollen die Digitalisierung gestalten. Es  
504 bricht ein neues Zeitalter an, das wie unser SPD-Grundsatzprogramm besagt „offen“ ist.  
505 Wenn es nicht das Jahrhundert der Desolidarisierung, Individualisierung und Rückfälle in  
506 nationalistische Egoismen werden soll, müssen wir Jusos die SPD, die SI und PA dazu  
507 bringen, unsere Vision von Europa umzusetzen. Hoch die internationale Solidarität:  
508 Vorwärts, für Europa!

**F1**

Antragssteller:  
Jusos Osnabrück-Stadt

**Verbot von  
Kapitalspekulationen auf  
Lebensmittel**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

1 **Antrag:**

2  
3 Die Bezirkskonferenz beschließt ein Spekulationsverbot auf Lebensmittel und Saatgut zur  
4 Lebensmittelproduktion an der deutschen Börse zu fordern. Darüber hinaus wollen wir  
5 auch ein Spekulationsverbot auf europäischer Ebene erreichen.  
6

7 **Begründung:**

8  
9 Laut der Welthungerhilfe (e.V., Deutschland, <https://www.welthungerhilfe.de/hunger.html>)  
10 hungern weltweit etwa 850 Mio. Menschen, was etwa 11 Prozent der Weltbevölkerung  
11 entspricht. Ein Grund dafür, dass Menschen keinen ausreichenden Zugang zu  
12 Lebensmitteln haben, ist die Spekulation auf Lebensmittel an Börsenmärkten (Jean Ziegler  
13 in „Der schmale Grat der Hoffnung“, 2017). Spekulationen auf Lebensmittel lohnen sich für  
14 die Spekulanten nur, wenn die Preise für Lebensmittel steigen. Höhere Preise führen  
15 wiederum dazu, dass sich die ärmsten der Armen die Lebensmittel nicht mehr leisten  
16 können. Ferner werden mancherorts Lebensmittel zurückgehalten, um die  
17 Lebensmittelpreise steigen zu lassen. – Während weltweit über 800 000 000 Menschen  
18 hungern.

11

Antragssteller:  
Jusos Osnabrück-Stadt

**Wahlrecht für Menschen in  
Betreuung „in allen  
Angelegenheiten“**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

Bundesparteitag  
Bundeskongress

1 **Antrag:**

2  
3 Es soll beschlossen werden:

4 Die Abschaffung des §13 II des Bundeswahlgesetzes, in dem all jene Menschen vom  
5 Wahlrecht ausgeschlossen sind, für die „zur Besorgung aller [ihrer] Angelegenheiten ein  
6 Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist“.

7  
8 **Begründung:**

9  
10 Der §13 II des Bundeswahlgesetzes schließt in Deutschland ca. 85 000 Menschen von der  
11 Bundestagswahl aus und zwar Behinderte, die „in allen Angelegenheiten“ betreut werden.  
12 Allerdings ist Deutschland durch die Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention der  
13 UNO der Verpflichtung einhergegangen Menschen mit Behinderungen ein  
14 gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hierzu gehört auch, dass  
15 Menschen mit Behinderungen wirksam und umfassend am politischen Leben teilhaben  
16 können. Eines der wichtigsten Möglichkeiten in Deutschland an der Demokratie  
17 teilzunehmen ist, zur Wahl zu gehen. Kritiker gegen eine Abschaffung dieses Paragraphen  
18 wollen die Wahlen vor Manipulation schützen. Allerdings sollte man die Probleme beim  
19 Schutz der Wahlen vor einer Manipulation nicht bei den schwächsten unserer Gesellschaft  
20 suchen. Durch die Partizipation von Menschen mit Behinderung, egal welchen Grades,  
21 zeigt man ihnen, dass sie ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und gibt ihnen die  
22 wichtige Anerkennung.

# 12

Antragssteller:

Jusos Osnabrück-Land

## Menschenwürde abschaffen?

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

1 **Antrag:**

2

3 Die Bezirkskonferenz möge beschließen, dass sogenannte Ankerzentren in Niedersachsen  
4 als Pilotprojekt nicht zugelassen werden und die SPD sich auf Bundesebene gegen solche  
5 Einrichtungen ausspricht.

6

7 **Begründung:**

8 Ankerzentren sind geschlossene Einrichtungen in denen ankommende Geflüchtete, die  
9 sich um eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland bewerben, untergebracht werden sollen.

10 Die Unterbringung erfolgt Kasernenartig, von der Polizei bewacht und ohne

11 Ausgangsberechtigung. Zahlmäßig werden dort zwischen 600-5000 Personen gleichzeitig  
12 untergebracht in einem Zeitraum bis zu 18 Monaten.

13 Diese Einsperrung behindert die Integrationsmöglichkeiten, raubt Menschen die Freiheit  
14 und erhöht das Gewaltpotential untereinander, aufgrund ethnischer aber auch emotionaler

15 Einflüsse, sowie gegenüber den Polizisten\*innen enorm. Um diese Auswirkungen zu

16 verhindern, sollte sich das Land Niedersachsen nicht an solchen Pilotprojekten beteiligen

17 und die SPD auf Bundesebene um eine Minimierung des Pilotprojektes und nach

18 Abschluss gegen die langfristige Erreichung solcher Ankerzentren einsetzen.

# 13

Antragssteller:  
Jusos Osnabrück

**Rechtsstaat verteidigen!  
Neues Polizeigesetz  
ablehnen!**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

## Antrag:

Mit der Vorstellung des Eckpunkteapiers für das neue Polizeigesetz hat das niedersächsische Innenministerium und die Große Koalition im Landtag gezeigt, welche Marschroute im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik ausgegeben wird. Unter dem Deckmantel der Terrorabwehr soll ein restriktiver Pool an Ermittlungs- und Überwachungsinstrumentarien geschaffen werden, um so die Freiheit aller Bürger\*innen einzuschränken. All diese Maßnahmen sollen getroffen werden, während sämtliche Kriminalitätsstatistiken einen historischen Tiefpunkt angeben.

Daher fordern wir Jusos:

1. **Vermummung ist kein Verbrechen!** Im Rahmen der Novellierung des Polizeigesetzes soll auch das Versammlungsgesetz verändert werden. Ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot soll künftig keine Ordnungswidrigkeit, sondern ein Verbrechen darstellen. Das lehnen wir ab. Teilweise dient die Vermummung als Schutz vor unerwünschten Bildaufnahmen z.B. durch Nazis. Darüber hinaus kann die angestrebte Veränderung kein adäquates Mittel zu Kriminalitätsprävention darstellen. Die derzeitigen Regelungen zur Vermummung auf Versammlungen ist ausreichend.
2. **Keine elektronischen Fußfesseln ohne ausreichenden Grund!** In Deutschland gilt die Unschuldsvermutung und die präventive Verhängung von Fußfesseln stellt daher einen unverhältnismäßigen Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte unschuldiger Menschen dar.
3. **Keine Erweiterung der Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung!** Bereits heute können entsprechende Maßnahmen bei „Gefahr in Verzug“ durch Richter\*innen und teilweise sogar Staatsanwält\*innen in Anwendung gebracht werden. Diese Möglichkeiten sind ausreichend. Weitergehende Möglichkeiten für Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden lehnen wir ab.
4. **Kein Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum!** Die Privatsphäre seiner Bürger\*innen hört nicht mit dem Verlassen der eigenen vier Wände auf. Auch an öffentlichen Orten haben Bürger\*innen das Recht unbeobachtet zu sein und ohne Generalverdacht Zeit zu verbringen.
5. **Keine Präventivhaft!** Der Entzug der individuellen Freiheit durch die Inhaftierung ist ein gravierender Eingriff in die persönlichen Grundrechte der Bürger\*innen. Bereits jetzt gibt es die Möglichkeit eines Unterbindungsgewahrsams von 10 Tagen, um Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Gefahr für die Allgemeinheit zu verhindern, auszusprechen. Ein Ausbau derartiger Möglichkeiten nur aufgrund von unzureichenden Verdachtsmomenten, ist unverhältnismäßig und höhlt den liberalen Rechtsstaat aus. Wenn Menschen auf Verdacht weggesperrt werden können, dann ist das ein klarer Schritt zu einem repressiven und totalitären Staat. Dies lehnen wir ab.

Begründung: mündlich

L1

Antragssteller:

Jusos Unterbezirk  
Cloppenburg

**Regionalisierte  
Landwirtschaft fördern!**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen
- SPD-Bundestagsfraktion
- Fraktion der Sozialisten & Demokraten im EU-Parlament
- Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen

1 Die Juso-Bezirkskonferenz Weser-Ems möge beschließen:

2  
3 **Wir fordern eine programmatische Auseinandersetzung der zuständigen Partei- und**  
4 **Parlamentsgremien mit einem Konzept der regionalisierten Landwirtschaft.**

5  
6 1. *Ökologische Faktoren*

7 *Die deutsche Landwirtschaft ist europäisch, sie ist international - allerdings auch mit der*  
8 *Konsequenz, dass Tiere und die aus ihnen gewonnenen Produkte viele tausend Kilometer*  
9 *zurücklegen, bevor sie auf der Ladentheke landen. Angefangen bei der Geburt des Tieres*  
10 *über Aufzucht und Mast bis hin zum Schlachthof und dem Vertrieb legt man nicht selten*  
11 *Reisen durch vier oder fünf Länder zurück. Dazu kommen noch in Übersee eingekaufte*  
12 *Futtermittel oder Arbeiter, die quer durch Osteuropa in deutsche Schlachthöfe gefahren*  
13 *werden, um dort für einen Hungerlohn zu arbeiten. Dieser Waren- und Menschenverkehr*  
14 *ist Ausdruck einer enthemmten Globalisierung, die zwar die Welt kleiner macht und*  
15 *vermeintlich enger zusammenrücken lässt, aber dabei für geringe Produktionskosten*  
16 *riesige Strecken mit dem damit verbundenen Kraftstoffverbrauch und Schadstoffausstoß in*  
17 *Kauf nimmt. Die Herausforderungen des Klimawandels zwingen uns, den Lebensstil, den*  
18 *man sich in westlichen Konsumgesellschaften angeeignet hat, zu überdenken und zu*  
19 *reduzieren - eine Verpflichtung, von der der Sektor Landwirtschaft nicht ausgenommen*  
20 *werden darf.*

21  
22 2. *Emanzipation*

23 *Folge der Globalisierung ist auch, dass deutsche Landwirte mit anderen Produzenten*  
24 *überall auf der Welt in Konkurrenz stehen - und das bei völlig unterschiedlichen*  
25 *Rahmenbedingungen. Durch das massenhafte Angebot an billigem Fleisch sind*  
26 *Discounter flexibel und nicht abhängig von Produzenten aus der näheren Umgebung.*  
27 *Landwirte, die zum Beispiel in höheres Tierwohl investieren wollen und dadurch ihr Fleisch*  
28 *zu einem höheren Preis verkaufen, müssen befürchten, keinen Abnehmer zu finden.*  
29 *Durch den Druck, massenhaft Fleisch billig produzieren zu müssen, erleben wir seit*  
30 *Jahrzehnten ein Sterben kleinerer Höfe; die Subventionen, von denen der gesamte Sektor*  
31 *abhängig ist, helfen laut Studien vielfach nur den größeren Betrieben. Landwirte sollten*  
32 *aber von ihrer Arbeit leben können und den großen Discountern die Preise diktieren, nicht*  
33 *anders herum. Fleisch zum Beispiel muss deutlich teurer werden.*

34 *Zudem könnte eine Förderung regionaler Landwirtschaft auch ein neues Unternehmertum*  
35 *befeuern. Dort, wo sich Landwirte und Vertreter weiterführender Produktionszweige lokal*

36 *zusammentun, kann der Trend der Verdrängung kleiner Läden und Betriebe vielleicht*  
37 *umgekehrt werden.*

38

39 *3. Relation*

40 *Viele Menschen haben wenig Bezug zu ihren Nahrungsmitteln. Unsere Ernährung,*  
41 *eigentlich ein essentielles und alltägliches Thema, wird vielfach als gegeben gesehen und*  
42 *nicht mehr hinterfragt. Durch Lebensmittelskandale ist viel Vertrauen beim Konsumenten*  
43 *verloren gegangen. Eine regionalisierte Landwirtschaft ist nah am Konsumenten. Die*  
44 *Entstehung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ihre Weiterverarbeitung, alle*  
45 *Produktionsketten ließen sich ohne großen Aufwand zum Beispiel innerhalb eines*  
46 *Landkreises nachvollziehen. Dies kann Interesse und auch ein Umdenken bei vielen*  
47 *Menschen hervorrufen und dazu beitragen, dass beim Thema Landwirtschaft ein*  
48 *gehaltvoller Dialog und Austausch auf Augenhöhe stattfinden kann.*

49

50

51 **Begründung:**

52 Durch Antragstext

# 01

Antragssteller:

Jusos Delmenhorst

**SPD erneuern**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

**SPD Bundesparteitag**

**Juso Landeskonzferenz**

1 **Antrag:**

2 Die Jusos Weser-Ems fordern, dass die SPD folgende Punkte umsetzen soll. Zu  
3 beschließen sind dabei folgende Punkte:

- 4 1. die Alterssicherung soll, nach dem Beschluss des letzten Parteitages, in der  
5 Regierung eingefordert und womöglich umgesetzt werden.
- 6 2. Die SPD soll die Bekämpfung der Kinderarmut mehr in den Fokus ihrer Arbeit  
7 nehmen. Wichtig ist dabei die Kindergrundsicherung sicherzustellen und  
8 einzuführen.
- 9 3. Die schwarze Null soll nicht eingehalten werden, wenn in wichtige  
10 Projekte/Infrastruktur usw. investiert werden muss.
- 11 4. Die Besteuerung der Kapitalertragsteuer soll erhöht werden und mindestens  
12 gleichgestellt sein mit Abgaben der bei lohnabhängiger Arbeit.
- 13 5. Die Parität in der Sozialversicherung soll wiederhergestellt werden. Dabei wird  
14 darauf geachtet, dass dies nicht durch geringere nachgelagerte Lohnsteigerungen  
15 umgangen wird.
- 16 6. Die Hartz-Gesetze werden einer Evaluation und Neujustierung unterzogen.  
17 Insbesondere wird der Regelsatz bei Bezug von Leistungen nach SGB II häufiger  
18 angepasst. Darüber hinaus sind Leistungskürzungen abzuschaffen.
- 19 7. Die Daseinsvorsorge soll in die öffentliche Hand. Dienstleistungen der  
20 Daseinsvorsorge (DAWIs) werden im Wettbewerbs- und Haushaltsrecht mit  
21 Sonderregeln versehen, um eine Versorgung der Bevölkerung mit diesen  
22 Dienstleistungen, in guter Qualität, jederzeit und allerorten sicherzustellen.
- 23 8. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.
- 24 9. Geflüchtete sollen speziell gefördert werden, damit sie mittels einer Erwerbsarbeit  
25 ihren Lebensunterhalt selbstbestimmt gestalten können.
- 26 10. Abkehr vom Solidaritätszuschlag und mehr Unterstützung von finanzschwache  
27 Kommunen.
- 28 11. Es soll eine Grundrente eingeführt werden, die deutlich höher ist als der derzeitige  
29 Hartz IV-Satz.
- 30 12. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte wird zurückgefahren. Tariflöhne werden  
31 wieder Standard.
- 32 13. Die Zweisäuligkeit im Gesundheitswesen wird schrittweise abgebaut und eine  
33 solidarische Bürger\*innenversicherung bleibt das Ziel.
- 34 14. Eine international solidarische Außenwirtschaftspolitik sowie eine auf zivile  
35 Konfliktlösung angelegte Sicherheitspolitik wird Leitlinie sozialdemokratischer  
36 Regierungspolitik.

37 15. Die SPD entwickelt politische Strategien für den Übergang in eine digitale  
38 Gesellschaft, in der sich gesellschaftliches Leben, Wirtschaftsweise und  
39 Infrastrukturen sich massiv verändern werden.

40 **Begründung:**

41 Die SPD muss zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln zurückkehren. Dabei sind die 11  
42 Punkte unabdingbar. Diese müssen für eine sozialdemokratische Politik umgesetzt  
43 werden.

44 zu 1.)

- 45 • Auf dem letzten Parteitag wurde folgendes beschlossen: Gerechte und soziale  
46 Alterssicherung Die Sozialdemokratische Partei Deutschland steht für soziale  
47 Gerechtigkeit und hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitnehmerinnen  
48 und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit und in Folge auch von ihrer Rente leben können.  
49 Mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21.07.2004 hat die damalige  
50 Bundesregierung beschlossen, dass das Rentenniveau von derzeit 47,9 %, im  
51 Jahre 2020 auf 46 % und im Jahre 2030 auf 43 % absinken soll und damit in den  
52 Jahren 2003-2005 die Voraussetzungen geschaffen, die den größten Sozialabbau  
53 seit Bestehen der Bundesrepublik beinhalten. Zu Recht befürchten seither die  
54 Menschen in unserem Land, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter  
55 auseinander klaffen wird. Es ist davon auszugehen, dass die Altersrente aus der  
56 gesetzliche Rentenversicherung spätestens ab 2030 nicht mehr ausreichen und  
57 deshalb beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner auf die staatliche  
58 Grundsicherung angewiesen sein wird.

59 Gesetzliche Rentenversicherung

60 Die SPD muss ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung wieder gerecht  
61 werden und durch geeignete Maßnahmen in der Rentenpolitik dafür sorgen:

- 62 • dass das Rentenniveau nicht unter 60 % sinkt
- 63 • dass die GRV wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge und der  
64 Erwerbsunfähigkeitsabsicherung wird
- 65 • dass die GRV nicht weiter durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird
- 66 • dass das Renteneintrittsalter nicht weiter steigt dass nach 45 Versicherungsjahren  
67 abschlagsfrei Altersrente bezogen werden kann

68 Von daher ist es unerlässlich, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, die eine  
69 auskömmliche Rente nachhaltig garantieren können:

- 70 • Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen, Landwirte, Freiberufler, Bundes-  
71 und Landtagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung
- 72 • Beiträge nicht nur aus dem Einkommen durch Arbeit generieren, sondern aus allen  
73 Einkommensarten
- 74 • Wiedereinführung der paritätische Finanzierung
- 75 • Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze (74.400.- € West 2016)

76 zu 2.)

77 Für eine Teilhabe an der Gesellschaft müssen Kinder unterstützt werden. Dabei ist nicht  
78 nur eine finanzielle Unterstützung wichtig, sondern auch eine immaterielle Förderung. Hier  
79 muss vor allem die Bildung kostenlos werden und die Eltern sollen eine finanzielle  
80 Entlastung erfahren. Die Kindergrundsicherung soll mit höheren Bezügen eingesetzt  
81 werden.

82 zu 3.)

83 Für eine gesicherte Anbindung und für eine freie Mobilität muss die Infrastruktur aufrecht  
84 erhalten werden. Das Verkommen von Infrastruktur führt zu zukünftig hohe Kosten.  
85 Außerdem dürfen wichtige Investitionen nicht dadurch gestoppt werden, dass eine  
86 schwarze Null gehalten wird. Vor allem bei der aktuellen Zinslage, lassen sich günstig  
87 neue Schulden aufnehmen, die leichter durch Gewinne aus den Investitionen  
88 zurückgezahlt werden können.

89 zu 4.)

90 Das Kapitalvermögen wird aktuell viel zu gering besteuert. Das Kapital ist vor allem bei  
91 den Wohlhabenderen Menschen aufzufinden. Wichtig ist, dass auch das Kapital von  
92 Unternehmen besteuert wird und mit späteren Steuerbescheinigungen verrechnet werden  
93 kann.

94 zu 5.)

95 Eine Parität muss wiederhergestellt, damit die Arbeitgeber wieder mehr in die  
96 Verantwortung gezogen werden. Nicht nur die Sätze der Arbeitgeber sollen dabei erhöht  
97 werden, sondern es muss eine spürbare Entlastung der Arbeitnehmer durchgesetzt  
98 werden.

99 zu 6.)

100 Die Sätze für Hartz IV sind zu gering zum leben. Viele Familien und Bezieher\*innen  
101 müssen sich bei der Tafel mit Essen eindecken, um über die Runden zu kommen. Dies ist  
102 nicht nur der einzige Punkt, der verändert werden muss, damit eine Teilhabe an der  
103 Gesellschaft weiter ermöglicht wird und die Menschen sich nicht vor Armut verstecken  
104 müssen.

105 zu 7.)

106 Wie im Modell der Niederlande, muss die Altersversorgung und die Pflege vom Staat  
107 finanziert werden und darf nicht auf die Schultern der Bevölkerung verteilt werden.  
108 Unabdingbar ist eine gute Bezahlung und eine Fokussierung auf die Ausbildung von  
109 neuem Pflegepersonal.

110 zu 8.)

111 Menschen mit einem höheren Einkommen müssen mehr von ihrem Einkommen abgeben.  
112 Aktuell werden die wohlhabenden Menschen in unserem Land wieder von der Kalkulation  
113 bevorzugt. Dieses muss in einer solidarischen Gesellschaft unbedingt angepasst werden.  
114 Keiner darf Aufgrund von höherem Einkommen bevorzugt behandelt werden.

115 zu 9.)

116 Geflüchtete sollen während ihres Aufenthaltes unterstützt werden, in Weiterbildungen  
117 (Sprache usw.), in Ausbildung (die Hürden müssen hier deutlich gesenkt und vereinfacht  
118 werden) und in soziokulturellen Problemen. Bei einer möglichen Rückkehr wären diese  
119 Menschen ausgebildet um in ihrem Heimatland eine neue Arbeit zu finden oder ihr Land  
120 weiter zu entwickeln.

121 zu 10.)

122 Nach über 25 Jahren Wiedervereinigung muss das Prinzip des Solidaritätszuschlages  
123 umgedacht werden. Wichtig ist das heutzutage vor allem finanzschwache Kommunen in  
124 ihren Investitionen gestärkt werden. Schwache und instabile Kommunen erfahren oft eine

- 125 Abwanderung (meist durch Perspektivlosigkeit) und geraten somit in eine Spirale, aus der  
126 sie nur schwer alleine herauskommen.
- 127 zu 11.)
- 128 Das Bekämpfen von Altersarmut muss eines der Grundpfeiler der Sozialdemokratie sein.  
129 Bei Menschen die ihr leben lang gearbeitet haben, ist es als Sozialdemokrat\*in nicht  
130 vertretbar, dass Menschen in einer Grundsicherung leben. Deswegen muss dafür gesorgt  
131 werden, dass Menschen im Alter ein ausreichende Rente bekommen, die deutlich über  
132 der aktuellen Grundsicherung liegt.
- 133 Zu 12.)
- 134 Gewerkschaften und weniger Organisierte Betriebe müssen in einen Tarifbund und die  
135 Tarife sollen in der Branche einheitlich sein. Dies ist ein guter Schritt in diese Richtung.
- 136 Zu 13.)
- 137 Die zweiklassen Medizin muss überwunden werden. Niemand sollte aufgrund seines  
138 Standes bevorzugt oder benachteiligt werden.
- 139 Zu 14.)
- 140 Europa ist das Modell der Zukunft. Dies ist ein wichtiger Schritt um den Vereinigten  
141 Staaten von Europäer näher zukommen.
- 142 Zu. 15)
- 143 Das Thema der Digitalisierung ist das Thema der Zukunft. Die SPD muss der Vorreiter in  
144 diesem Thema werden. Sozialdemokratie hat die Probleme der Zukunft erkannt und muss  
145 zukunftsorientiert diesem Thema annehmen

02	Antragssteller: Jusos Weser-Ems	Geschützter Raum
	X angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an:.....	

Weiterleitung an:

.

2

Die Juso-Bezirkskonferenz Weser-Ems möge beschließen:

3

- 1. Im Bezirk Weser-Ems sollen Geschützte Räume und Orte für Frauen\* eingerichtet werden, an denen Frauen\* direkte Unterstützung bekommen, wenn sie sich belästigt und bedroht fühlen oder einfach einen sicheren Raum suchen.**

5

6

7

**a. Vor Ort muss für die Frauen\* eine geschulte und erfahrene Unterstützung gewährleistet werden**

8

9

**b. Die Geschützten Räume sind so zu kennzeichnen und zu gestalten, dass sie für jede Frau\* erkennbar und erreichbar sind**

10

11

- 2. Bei Großevents müssen mobile Geschützte Orte eingerichtet werden um auch hier eine erste Unterstützung und einen Safe-Space zu ermöglichen**

12

13

- 3. Bereits bestehende Initiativen wie „Ist Luisa hier“ sollen weiter finanziell und strukturell gefördert und unterstützen werden, sowie darauf hingewirkt werden, dass diese auch flächendeckend umgesetzt werden.**

14

15

16

17

**Begründung:**

18

*Nach wie vor ist das Thema sexualisierte Gewalt an Frauen\* in unserer Gesellschaft präsent. Sexuelle Belästigung, aufdringliche Anmachen, Angrapschen und abfällige bis hin zu übergriffige Kommentare sind für viele Frauen\* keine Seltenheit und mitunter an der Tagesordnung. Insbesondere müssen sich Frauen\* häufig durch Alltagssexismus mit unangenehmen, verängstigenden und bedrohlichen Situationen konfrontiert sehen. Öffentliche Kampagnen wie #MeToo haben gezeigt, wie erschreckend hoch die Anzahl der Betroffenen\* tatsächlich ist und das fast jede Frau\* hierzu ihre eigene Geschichte erzählen kann.*

19

20

21

22

23

24

25

26

*Studien haben gezeigt, das jede zweite bis dritte Frau\* in ihrem Erwachsenenleben Opfer von körperliche Übergriffen war und etwa jede siebte Frau\* sexuelle Gewalt erlitten hat.<sup>2</sup> 58 % aller befragten Frauen\* haben dabei unterschiedliche Formen sexueller Belästigung erleben müssen. Traurig ist, dass 47 % der Betroffenen\* nie mit jemandem\* darüber gesprochen haben.*

27

28

29

30

31

*Verbale und nonverbale Belästigung von Frauen\* geschieht sowohl im Verborgenen als auch auf öffentlicher Straße. Öffentliche Orte wie Straßen, Parks und Innenstädte werden hierdurch für Frauen\* zu Angstorten, da sie sich dort besonders schutzlos fühlen. Auch wenn die weit überwiegende Zahl der Übergriffe in der eigenen Wohnung stattfinden, so ist der Tatort bei ¼- 1/5 aller Fälle ein öffentlicher Ort.<sup>3</sup>*

32

33

34

35

36

<sup>2</sup> Möller/Schröttle/Glammeier, Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, S. 10.

<sup>3</sup> Möller/Schröttle/Glammeier, Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, S. 14.

37 *Dennoch ist die Hürde, um sich Hilfe zu suchen oftmals hoch, da vielfach*  
38 *Hemmung besteht die Polizei zu alarmieren und eine öffentliche Solidarisierung mit*  
39 *betroffenen Personen keine Selbstverständlichkeit darstellt. Es ist daher unsere*  
40 *Aufgabe sowohl die Gesellschaft entsprechend zu sensibilisieren als auch Frauen\**  
41 *in bedrohlichen Situationen einen sicheren Ort zu bieten und so die Hemmschwelle*  
42 *für die erste Hilfe oder den ersten Schritt zu senken.*

43 *Damit dies gelingt müssen bereits bestehende Initiativen durch die öffentliche Hand*  
44 *sowohl finanziell als auch strukturell unterstützt werden und auf die Entstehung*  
45 *weiterer Initiativen hingewirkt und sicherer Orte geschaffen werden. Es müssen*  
46 *sowohl Anreize für die Wahrnehmung und Teilnahme an derartigen Projekten*  
47 *gesetzt werden als auch die notwendige Öffentlichkeit durch Kampagnen und*  
48 *Aktionen hergestellt bzw. gefördert werden.*

49 *Zu 1.:*

50 *An öffentlichen sicheren Orten soll Frauen\* in Notlagen durch erfahrene*  
51 *Berater\*innen sowohl Hilfe als auch Unterstützung zuteil werden. Ein sicherer Ort*  
52 *kann dabei als erste Anlaufstelle dienen, wenn sich Frauen\* bedroht oder belästigt*  
53 *fühlen oder um in Ruhe „durchatmen“ zu können. Insbesondere in besonders*  
54 *unangenehmen Situationen wie beim Warten auf den nächsten Bus und dem*  
55 *nächtlichen Nachhauseweg würde dies einen erheblichen Beitrag für die Stärkung*  
56 *des Sicherheitsgefühls leisten.*

57 *Um dies umzusetzen wäre die Kennzeichnung von ausgewählten Orten in der Stadt*  
58 *als Schutzräume für Frauen\* ein erster Schritt. Indem geschulte und sensibilisierte*  
59 *Mitarbeiter\*innen als Ansprechpartner\*innen zur Seite stehen, sollen hilfeschuchende*  
60 *Frauen\* die Möglichkeit erhalten, sich schnell und unkompliziert Hilfe zu suchen*  
61 *und eine Ausweg aus unangenehmen Situationen finden. Um den Erfolg zu*  
62 *gewährleisten muss dies von professionellen Stellen und Organisationen begleitet*  
63 *werden.*

64 *Zu 2.:*

65 *Gerade bei öffentlichen (Groß-) Veranstaltungen können Frauen\* in besonderes*  
66 *verunsichernde oder beängstigende Situationen geraten da sie sich dort meist an*  
67 *keinen besonders geschützten Raum oder sicheren Ort zurückziehen können. Bei*  
68 *Festivals, Straßenfesten oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen kann*  
69 *insbesondere ein sicherer Bereich und mobile Anlaufstelle ein „sicheren Hafen“ für*  
70 *Frauen\* sein, um dort auf vertraute Personen\* zu warten oder professionelle*  
71 *Beratung zu erhalten. In akuten Situationen sollte dabei ein telefonischer*  
72 *Erstkontakt um gegebenenfalls direkte Hilfe vor Ort zu erhalten bereitgestellt*  
73 *werden.*

74 *Zu 3.:*

75 *Bereits bestehende Initiativen wie „Ist Luisa hier?“ mit dessen Hilfe Frauen\* sich*  
76 *unangenehmen Situationen in der Party- und Kneipenszene entziehen können*  
77 *stellen bereits eine gute Grundlage dar. Um die Effektivität derartiger Initiativen und*  
78 *Kampagnen zu gewährleisten, müssen sie mehr Unterstützung erhalten, öffentlich*  
79 *bekannt gemacht und finanziell gefördert werden. Es ist auch Aufgabe der Politik*  
80 *und gerade der Jusos als feministischer Richtungsverband darauf hin zu wirken,*  
81 *dass solche Initiativen erfolgreich umgesetzt werden. Gerade das Personal in*  
82 *Kneipen oder Clubs kann dabei erste Ansprechpartner\*in und Hilfspersonen*  
83 *darstellen und mit den betroffenen Personen erste Schritte einleiten. Hierfür muss*  
84 *das entsprechende Personal jedoch angemessen sensibilisiert und geschult*  
85 *werden. Die Verantwortung darf dabei jedoch nicht ausschließlich auf den*  
86 *Betreibern der Lokalitäten lagern sondern muss auch von öffentlicher Seite*  
87 *übernommen werden. Es müssen ebenso Anreize geschaffen werden, dass sich*  
88 *möglichst viele Lokale wie Kneipen, Bars und Clubs an der Initiative beteiligen*

03

Antragssteller:

Jusos Osnabrück-Land

## Zeitliche Begrenzung von Mandaten

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

1 **Antrag:**

2

3 Im Sinne der ständigen Erneuerung und politischen Gleichberechtigung soll die Amtszeit  
4 des Bundeskanzlers und Bundesminister sowie Ministerpräsidenten und Landesminister  
5 auf maximal 2 Legislaturperioden (Bund: 8 Jahre, Land: 10 Jahre) gesetzlich begrenzt  
6 werden

7 In diesem Zuge fordern wir auch, dass gesetzlich festgelegt wird, dass

8 Bundestagsabgeordnete ihre letzte Wiederwahl mit 61 antreten dürfen also spätestens mit  
9 65 in Rente, angelehnt an das deutschlandweite verbreitete Rentenalter.

10

11 **Begründung:**

12

13 mündlich

**P1**

Antragssteller:  
Jusos Aurich

**Belastung im  
Pflegebereich senken**

X  angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

1 **Antrag:**

2 In Deutschland soll eine psychologische Betreuung für Mitarbeiter im Bereich der Alten-  
3 und Krankenpflege installiert werden.

4  
5 **Begründung:**

6 Nur wenige Pflegende üben Ihren Beruf länger als 20 Jahre aus. Dies ist aufgrund der  
7 hohen körperlichen und besonders psychischen Belastungen in diesen Berufen kaum  
8 verwunderlich, was der Stressreport von 2012 des Bundesministeriums für Arbeit und  
9 Soziales darlegt.

10 Häufig werden die Mitarbeiter an ihre körperlichen und seelischen Grenzen gebracht.  
11 Unregelmäßige Arbeitszeiten, zu kurze Erholungs- und Regenerationsphasen, zu wenig  
12 Pausen, überdurchschnittlich hoher Termin- und Leistungsdruck, der tägliche Umgang mit  
13 dem Versterben von Menschen, sowie deren Schicksal sind nicht selten der Fall dafür.  
14 Während viele dieser Faktoren in anderen Bereichen, wie beispielsweise der Polizei,  
15 durch einen psychologischen Dienst betreut werden, ist dies im Pflegeberuf nicht  
16 flächendeckend der Fall.

17 Um den Mitarbeitern sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege auf dem Gebiet  
18 der psychologischen Betreuung weiterhelfen zu können und in Zukunft präventiv arbeiten  
19 zu können, halten wir die Diskussion über die Einrichtung eines psychologischen Dienstes  
20 im Sinne der Mitarbeiter und deren Familien.

# S1

Antragssteller:

Jusos  
Oldenburg/Ammerland

**Einführung einer  
Bundesweiten  
Wohnungsgesellschaft**

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

*Weiterleitung an:*

1 **Antrag:**

2

3 Die Juso-Bezirkskonferenz Weser-Ems möge beschließen:

4 Wir Jusos fordern, dass eine bundesweite Wohnungsbaugesellschaft eingerichtet werden  
5 soll.

6

7 **Begründung:**

8 Die Mieten in Großstädten werden immer teurer, trotz der Mietpreisbremse. Das Ansteigen  
9 der Mieten ist durch das veräußern von staatlichen Wohnungen an private Investoren  
10 befördert worden. Hierdurch werden Menschen mit niedrigen Einkommen aus Städten  
11 gedrängt und somit aus ihrer gewohnten Umgebung.

12 Im worst-case Szenario wird hierdurch die Ghettorisierung in einigen (Rand-)bezirken  
13 gefördert.

S2

Abschaffung KFZ-  
Kennzeichen

Antragsteller:  
Juso Osnabrück-Land

angenommen  Xchts abgelehnt  überwiesen an:.....

*Weiterleitung an:*

14 **Antrag:**

15 **Abschaffung KFZ-Kennzeichen**

16 Die Jusos Weser-Ems fordern die Bundesregierung auf, die KFZ-Kennzeichnung ersatzlos  
17 abzuschaffen.

18 **Begründung:**

19 Die Kennzeichnung privater PKW durch ein KFZ-Kennzeichen erhebt einen Generalverdacht  
20 gegenüber dem normalen PKW-Fahrer. Ebenso führt die Kennzeichnung, und damit die sichtbare  
21 Herkunft der Autofahrer in sehr vielen Fällen zu Beleidigungen und Repressalien. Die  
22 psychologische Wirkung auf die Motivation der PKW-Fahrer hat erhebliche Auswirkungen im  
23 Straßenverkehr. Über das Ansehen und die Wertschätzung von PKW-Fahrern braucht man sich  
24 auch nach der Abschaffung der KFZ-Kennzeichen keine Sorgen machen.

S3

Antragssteller:  
Jusos Osnabrück-Land

Leben Retten durch die  
Rettungsgasse

X angenommen  abgelehnt  überwiesen an:.....

Weiterleitung an:

- 1 **Antrag:**  
2 **Stärkere Kontrollen von Rettungsgassenbildung und stärkere Bestrafung beim**  
3 **Ausnutzen bzw. Durchfahren von Rettungsgassen.**  
4 Wir Jusos fordern, dass bei Staubildung deutlich mehr Kontrollen durch  
5 Polizeimotorräder oder Funkstreifenwagen mit speziellen Kameras erfolgt, um die  
6 Einhaltung der Rettungsgasse zuüberwachen. Damit erhoffen wir uns mehr  
7 Aufzeichnungen von Verstößen gegen die StVO § 11/2, die Bildung einer  
8 Rettungsgasse.  
9  
10 Desweiteren soll das Fahren durch eine schon gebildete Rettungsgasse und das  
11 Fahren auf dem Standstreifen nach Bildung einer Rettungsgasse als Straftat  
12 geahndet werden.  
13  
14 **Begründung:**  
15 mündlich